

Minneapolis war ein zu großer Brocken für Donald Trump

Von Hans Müller

Inhaltsübersicht

Einleitung – Trumps „Flooding the Zone“ hat mich überrollt

Trumps Krieg gegen demokratisch regierte Großstädte

Warum nahm Donald Trump ausgerechnet Minnesota ins Visier?

Zwischenkapitel: Eine weitere Respektlosigkeit Trumps

Fortsetzung: Zur Lage in Minneapolis und Minnesota nach dem ICE-Einfall

ICE in Minneapolis – „Wie eine militärische Besetzung“

Der fünfjährige Junge mit der Hasenmütze

Minneapolis wehrt sich

Zwei amerikanische Bürger werden von ICE erschossen – Die Administration
muss am Ende klein begeben

Eilmeldung: Tricia McLaughlin hört auf

Die Erschießung des Krankenpflegers Alex Pretti brachte das Fass zum Überlaufen

Neue Erkenntnisse zum Tötungsfall Martinez in Texas im März 2025

In Minneapolis: Zwei Tote und hunderte kleine Zwischenfälle

Trump macht in Minneapolis einen Rückzieher

Minnesota – Eine Niederlage für Trump?

Wie wird die „Operation Metro Surge“ beurteilt?

Trumps Migrationspolitik ist kein Vorbild für Europa und Deutschland

Die Widerspruchsfall: Die Wirtschaft sucht dringend Fachkräfte,
die Politik warnt vor Fremden

Letzte Meldung: Ministerin Kristi Noem gefeuert

Einleitung – Trumps „Flooding the Zone“ hat mich überrollt

Die politische Taktik des „Flooding the Zone“, des „Flutens der Kampfzone“ hat Stephen Bannon, der vorübergehende Chefstrategie Donald Trumps im Weißen Haus zu Beginn seiner ersten Amtszeit seinem Meister empfohlen. „Flooding the Zone“, so erläutert Wikipedia, ist eine politische Strategie, um die Aufmerksamkeit der Medien zu erreichen, Opponenten zu verwirren und die Öffentlichkeit von unerwünschten Entwicklungen abzulenken. 2018 erklärte Bannon in aggressiver und unflätiger Art: „Die Demokraten spielen keine Rolle... Die wirklichen Gegner sind die Medien. Und die Art und Weise, mit ihnen umzugehen ist, den Kampfplatz mit Scheiße zu fluten.“

Zu Beginn der zweiten Trump-Präsidentschaft hat Stephen Miller, Trumps stellvertretender Stabschef im Weißen Haus, die Empfehlung Bannons aufgegriffen. Das Trump-Team hatte bereits vor der Amtseinführung Trumps diverse Executive Orders (Regierungsdekrete) vorbereitet, von denen Trump innerhalb von 20 Tagen 55 unterzeichnet hat (*Wikipedia*; Stichwort „Flooding the Zone“; Stand: 1.1.26).

Mit unterschiedlichen, oft auch widersprüchlichen Aussagen, etwa zum Thema Zölle und auch zum Stichwort Grönland, hat Trump die Kampfzone geflutet, die Verbündeten der Vereinigten Staaten verwirrt und die Welt ins Chaos gestürzt. Mit Bestimmungen der Verfassung und mit Gesetzesvorschriften ist er dabei nicht zimperlich umgegangen. Am 29.1.26 berichtete die New York Times, dass gegen die Trump-Administration in mehr als 600 Fällen Klagen eingereicht wurden. In mehr als 150 Fällen haben Gerichte die Dekrete entweder durch einstweilige Verfügungen oder vorläufige Anordnungen zumindest teilweise gestoppt. In über 350 Fällen blieben die Dekrete bis zur endgültigen Entscheidung in Kraft. Der Supreme Court war in 28 Fällen eingeschaltet, davon waren zunächst 4 Fälle noch nicht entschieden; darunter die Klagen gegen die Festsetzung von Zöllen per Regierungsdekret. Zu diesem Komplex – einen Kernprojekt der Trump-Agenda -- hat der Supreme Court dem Präsidenten am 20.2.26 eine verheerende Niederlage erteilt, deren rechtliche und tatsächliche Folgen noch nicht absehbar sind (*nytimes.com*, 29.2.26: „*The Trump Administration Has Been Sued 600 Times. Track These Cases*“).

Trumps „Flooding the Zone“ – sein verbales Trommelfeuer und der ständige Erlass von Rechtsvorschriften per Regierungsdekret – hat auch mich überrollt. Die Beobachtung der politischen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten und die Beschreibung der Taten und Untaten des amerikanischen Präsidenten hat sich für mich zur Dauerbeschäftigung entwickelt. Seit 26.11.25 steht meine letzte Betrachtung dazu im Netz: „MAGA – „Make America Great Again“ – Die Vorstufe zur Autokratie in Amerika“ – <https://euhn.eu/gastbeitrag-6> .

Seit Beginn seiner zweiten Amtszeit am 20.1.25 ist Trump nicht nur damit beschäftigt, die Welt in ständige und unübersehbare Unruhe zu versetzen, sondern sein eignes Land und die amerikanische Gesellschaft umzukrempeln. In der genannten Betrachtung habe ich die USA als ein Land und eine Gesellschaft um Dauerstress beschrieben. Die Frage, ob die USA auf dem Weg in eine Autokratie sind, wurde seit der Wahl Trumps im November 2024 immer wieder diskutiert. „Es sieht bloß noch aus wie eine Demokratie“, sagte der Journalist und

Schriftsteller George Packer in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung (*sueddeutsche.de*, 30.9.25).

Ursprünglich hatte ich geplant, nach der Betrachtung vom 26.11.25 die „Verzweigung der USA“ im Bereich von Bildung und Kultur am Beispiel von Trumps „Krieg“ gegen die führenden Universitäten des Landes zu untersuchen. Doch dann schickte Trump die Einwanderungsbehörde ICE (United States Immigration and Customs Enforcement) in einen unerbittlichen Einsatz gegen nicht registrierte Einwanderer und Asylsuchende. Bei Wikipedia wird ICE (gegründet im Jahr 2003, nach den Terroranschlägen vom 11.9.2001) als die größte Polizei- und Zollbehörde des Ministeriums für Innere Sicherheit (DHS) beschrieben. (*Wikipedia*; Stichwort: „United States Immigration and Customs Enforcement; Stand: 19.1.26). Zu den Aktionen von ICE hat der aus USA stammende Papst Leo XIV die Trump-Administration wiederholt und deutlich kritisiert. In seiner ersten Weihnachtsbotschaft am 24.12.25, rief er zum Frieden und zur Tröstung der Opfer gegenwärtiger Kriege auf der Welt auf, insbesondere für jene, die an „Ungerechtigkeit, politischer Instabilität, religiöser Verfolgung und Terrorismus“ leiden. „Wenn wir alle, auf allen Ebenen, aufhören würden, andere zu beschuldigen und stattdessen unsere eigene Schuld eingestehen würden und um Vergebung bäten; wenn wir uns offen und ehrlich mit den Leiden anderer beschäftigten und den Schwachen und Bedrückten in Solidarität beistünden, dann würde sich die Welt verändern“ (*nytimes.com*, 25.12.25: „On Christmas, Pope Leo Tells World’s Leaders to Talk Rather Than Make War“).

Noch deutlicher wurde Leo XIV, als er am 18.12.25 die Stelle des Erzbischofs von New York neu besetzte und Bischof Ronald Hicks zum neuen Erzbischof von New York ernannte. Der bisherige Amtsinhaber, Kardinal Timothy Dolan, geht altershalber in den Ruhestand. Dolan war ein glühender Trump-Freund. „Im Kontext der migrationsfeindlichen Politik des US-Präsidenten ist ihm (dem Papst) ein geschickter Schachzug gelungen“, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Leo XIV ist dabei, die Katholische Kirche in Amerika neu auszurichten. Wie der neue Papst stammt Hicks aus Chicago und wie Leo XIV hat Hicks in Mittelamerika Erfahrungen gesammelt. Von 2005 – 2010 leitete er in El Salvador eine Einrichtung für Waisen und verlorene Kinder. Hicks hat Großstadt-Erfahrung und auch Erfahrungen beim Thema Migration.

Die diametral verschiedene Einstellung zum Thema Migration des amerikanischen Präsidenten und des amerikanischen Papstes, und die Untersuchung der Frage, wer ist glaubwürdiger beim Thema Empathie und Moral, wäre eine ausführliche Betrachtung wert gewesen. Nicht zuletzt das gezielte Eintreten Leos XIV für die Immigranten in Chicago, als Trump im Oktober 2025 in Chicago, der Heimatstadt des Papstes, seine Deportationskampagne hochfuhr.

(Quellen:

nytimes.com, 22.12.25: „A New Man in Town in the ,Archbishop Capital of the World“;
sueddeutsche.de, 25.12.25: „Weihnachten 2025 – Der Papst schärft sein Profil“;
nytimes.com, 19.1.26: „Top Catholic Clerics Denounce U.S. Foreign Policy“).

Doch dann wurde Minneapolis im US-Bundesstaat Minnesota – die Stadt, in der ich ein Jahr lang zur Schule ging und die mir durch viele Besuche und Freundschaften zur zweiten

Heimat geworden ist – zum Ziel von Donald Trumps Racheaktion. Trump schickte bis zu 3.000 vermummte Agenten der Behörde ICE in die Stadt, und es kam zu brutalen Straßenszenen, wie man sie bisher nur aus Diktaturen kannte. Im Januar 2026 wurden dabei zwei amerikanische Staatsangehörige von ICE-Beamten erschossen. In Minneapolis wurde der Siedepunkt der widersprüchlichen Migrationspolitik Donald Trumps erreicht. Das Geschehen wurde für mich zur neuen thematischen Herausforderung.

Trump's Krieg gegen demokratisch regiert Großstädte

Am Mittwoch, 7.1.26, haben Beamte von ICE – der Behörde United States Immigration and Customs Enforcement – in Minneapolis die 37 Jahre alte unbewaffnete amerikanische Bürgerin Renée Nicole Good, eine Mutter von drei Kindern – auf offener Straße erschossen. Sebastian Moll bezeichnete den Vorgang in der Zeitung ‚taz‘ als Mord. Nur wenige Tage später, am Samstag, 24.1.26, wurde der ebenfalls 37 Jahre alte Krankenpfleger Alex Jeffrey Prett in Minneapolis von Beamten der Border Patrol getötet. Peter Burghardt schrieb dazu in der Süddeutschen Zeitung: „Und auch diesmal wirkt alles so wie bei Renée Nicole Good: Wie eine Hinrichtung.“

(Quellen:

taz.de, 12.1.26: „Trillerpfeifen gegen ICE-Kugeln“;
sueddeutsche.de, 25.1.26: „Der Kampf um Amerika“).

In einem Gastbeitrag für die New York Times schrieb der republikanische Kongressabgeordnete Mike Lawler aus New York: „Der Tod von Renee Good und von Alex Prett in diesem Monat in Minneapolis war tragisch und vermeidbar. Ganz gleich, wie man zur strengeren Behandlung von Immigration steht zeigen die Erschießungen, dass das, was das Land bisher getan hat, nicht funktioniert“ (*nytimes.com*, 27.1.26: „G.O.P. Congressman: We Need to Wake Up After Minneapolis“).

Diese schrecklichen Ereignisse in Minneapolis sind der vorläufige Höhepunkt einer Politik, die einige Monate zuvor von Präsident Trump und Verteidigungsminister Pete Hegseth öffentlich vorgestellt wurde.

Am 30.9.25 befahl Präsident Trump und sein Verteidigungsminister über 800 Generale, Admirale und sonstige hochrangige Militärs aus aller Welt auf die Marine Corps Base Quantico in Virginia zu einem außergewöhnlichen Treffen. Pete Hegseth – er wird von Trump als „Kriegsminister“ bezeichnet – verkündete in einer feurigen Rede seine Vorstellungen über die ideologische Neuausrichtung der amerikanischen Streitkräfte. Er wolle den „Jahrzehnte langen Verfall“ aufhalten, der von „törichten und rücksichtslosen Politikern“ zugelassen worden sei. Offenkundig meinte er dabei demokratische Vorgänger.

Die New York Times schrieb dazu, dass wer von den aus aller Welt eingeflogenen Militärs etwa Neues über einen eventuellen Strategiewechsel oder über eine Umstrukturierung des

Ministeriums erwartete, enttäuscht wurde. Hegseth referierte über körperliche Fitness und forderte einen „Kriegerethos“ und „nur den höchsten männlichen Standard.“

Trumps Auftritt dauerte über eine Stunde und glich häufig seinen Reden im Wahlkampf. Er „sprach über die gleichen Dinge, über die er immer spricht“, berichtete die New York Times. Allerdings verkündete Trump in „Minute 44“ den Militärs etwas Neues: „Ich habe Pete gesagt, wir sollten einige der gefährlichen Städte als Übungsorte für unser Militär verwenden.“ Hier kam die öffentliche Ankündigung, dass die Aussendung der Nationalgarde nach Los Angeles kein Einzelfall sein wird. In Quantico behauptete Trump – entgegen jeder Kriminalstatistik – dass Washington D.C. die gefährlichste Stadt der USA gewesen sei; jetzt könne man wieder in Ruhe durch die Straßen und in die Restaurants gehen, verkündete Trump vor den versammelten US-Militärs. Portland wurde bereit militärisch „beglückt“, Memphis und Chicago könnten bald folgen. Auch das sei ein Krieg: „Es ist ein Krieg von innen heraus.“

All diese Städte haben eines gemeinsam: Sie werden von Demokraten regiert. Es seien „Städte, die von den radikalen linken Demokraten regiert werden“, sagte Trump „und wir werden sie eine nach der anderen in Ordnung bringen.“ Minneapolis nannte er nicht, doch die Vorbereitungen der dort folgenden „Operation Metro Surge“ waren zu dem Zeitpunkt zweifellos bereit im Gang. Im Fernsehen konnte man sehen, wie die Militärs die beiden Reden mit meist regungslosen Minen und verhaltenem Beifall entgegennahmen, denn – und dies hatte Mark Hertling, ein Generalleutnant i.R. bereits vor der Veranstaltung erwartete: Die versammelten Militärs werden (Trump und Hegseth) einen höflichen, aber zurückhaltenden Empfang bereiten, entsprechend der lange bestehenden Tradition, dass Militärangehörige in der Öffentlichkeit nicht zeigen, welche politische Partei sie unterstützen.

(Quellen:

nytimes.com, 29.9.25: „Hegseth and Trump to Meet With Military Brass: What We know“;

nytimes.com, 30.9.25: „Trump Gave the Military’s Brass a Rehashed Speech.

Until Minute 44“;

Nytimes.com, 30.9.25: „Hundreds of Officers. Two Long Hours of Political Theater.“;

Sueddeutsche.de, 30.9.25: „Wir sollten einige dieser gefährlichen Städte als Übungsgelände für unser Militär nutzen“;

Heilbronner Stimme, 2.10.25: „Trump stimmt auf inneren Krieg ein“).

Mit dieser Veranstaltung am 30.9.25 hatte Trumps „Krieg im Inneren“ begonnen. Die USA – das Vorbild für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – bietet seither der Welt ein Schauspiel, auf das sich die Despoten dieser Welt künftig berufen werden. In der Heilbronner Stimme wurde am 8.10.25 ein Foto veröffentlicht, das einen Aufmarsch von meist verummten und bewaffneten Beamten der US-Einwanderungs- und Zollbehörde und der US Customs and Border Protection in Chicago zeigt. Im Hintergrund das riesige TRUMP-Gebäude der Stadt. Dazu wird Kristi Noem, die Heimatschutz-Ministerin der Trump-Regierung zitiert, die die drittgrößte Stadt der USA als „Kriegsgebiete“ bezeichnete. JB Pritzker, der Gouverneur von Illinois, beschuldigte die Trump-Regierung, einem regelrechten „Drehbuch“ zu folgen; Sie schüre Angst und lasse weitgehend friedliche Demonstranten als Bedrohung erscheinen.

Nach diesem Muster verlief – und verläuft – der „Krieg gegen die Städte“. In Minneapolis gab es im Januar 2026 bei ICE-Einsätzen die ersten Todesopfer. (*Heilbronner Stimme, 8.10.25: „Ringens um die Macht in den amerikanischen Städten“*).

Am 4. Dezember 2025 verkündete der Präsident den Start der „Operation Metro Surge“ – (eine typisch amerikanische Formulierung, die man mit „Großstädtische Spezialoperation“ übersetzen kann), bei der zunächst in den Twin Cities Minneapolis und St. Paul und später im gesamten Bundesstaat Minnesota Beamte von ICE und der Customs and Border Protection nicht registrierte Immigranten aufspüren und deportieren sollten.

Bereits im Wahlkampf 2024 hatte Trump die Massendeportation von illegal eingewanderten und nicht registrierten Immigranten angekündigt. Viele Wählerinnen und Wähler schienen begeistert: Was der Begriff „Mass Deportation“ in der Praxis bedeutet, dürften nicht alle verstanden haben. Das zuständige Heimatschutzministerium (Department of Homeland Security – DHS) mit der Ministerin Kristi Noem beschrieb die „Operation Metro Surge“ als die „größte Zwangsaktion gegen Immigranten, die je durchgeführt wurde.“

In Minneapolis und St. Paul eingesetzt wurden zunächst 2.000 Beamte, später kamen 1.000 weitere hinzu. Als Basis für die Operation diente das Bishop Henry Whipple Federal Building in Fort Snelling, in dem bereits mehrere US-Bundesbehörden untergebracht sind. Dort fanden während der „Hochzeit“ der „Operation Metro Surge“ immer wieder Demonstrationen gegen ICE statt. Der Namensgeber des Gebäudes hat eine besondere Geschichte. Bischof Henry Whipple (1822 – 1901) war der erste Bischof der Episcopal Kirche in Minnesota. Sie steht der Politik Trumps kritisch gegenüber. 2019 forderte sie die Umbenennung des Gebäudes, da der Bischof – wäre er noch am Leben – vermutlich gegen die Praktiken der heutigen Nutzer gewesen wäre.

Nach Beginn der Operation wurden die Aktionen und Zugriffe von ICE immer heftiger. Die Bevölkerung wurde schikaniert, friedliche Demonstranten wurden bedroht und ICE führte ohne Rücksicht auf Betriebsabläufe, Verhaftungsaktionen in Betrieben durch. ICE lauerte Eltern vor Schulen auf, die ihre Kinder zum Unterricht brachten, was zur Folge hatte, dass manche Schulen – wie zu Zeiten der Pandemie – auf digitalen Fernunterricht umstellten. In St. Paul, der Hauptstadt von Minnesota, kamen am 9.1.26 in der Folge der Tötung von Renee Good etwa die Hälfte der Kinder aus spanisch und somalisch sprechenden Wohngebieten nicht in die Schulen. Im NYT-Bericht wird gemeldet, dass im Schuldistrikt von Fridley, nördlich von Minneapolis mit etwa 2.700 Schulkindern, zu der Zeit etwa ein Drittel nicht zur Schule kamen; (*nytimes.com, 15.1.26: Minneapolis Schools Allow Students to Learn Online Amid ICE Fears*“).

Der Bundesrichter Patrick Schiltz stellte am 28.1.26 fest, dass ICE seit dem 1.1.26 mindestens 96 gerichtliche Anordnungen verletzt hat. Der konservative, von Präsident George W. Bush eingesetzte Richter schrieb: „ICE hat keine eigenen Gesetze. ICE hat das Recht, Gerichtsentscheidungen anzufechten, muss aber – wie jede Prozesspartei – Anordnungen befolgen, bis sie zurückgenommen oder aufgehoben werden (*nytimes.com, 28.1.26: „Judge in Minnesota Says ICE Has Violated Nearly 100 Court Orders“*).

(Über die verschiedenen ICE-Aktionen in Minnesota, insbesondere über die Tötung von zwei US-Staatsbürger, werde ich an anderer Stelle berichten. Umfangreiche Informationen dazu siehe Wikipedia, Stichwort „Operation Metro Surge“ – Stand: 3.2.26 und Stichwort „Whipple Federal Building“ – Stand: 3.2.26).

Warum nahm Donald Trump ausgerechnet Minnesota ins Visier?

Im Wahlkampf 2024 macht Donald Trump dem Wahlvolk insbesondere zwei Versprechen, die wesentlich dazu beitragen, dass er seit 20.1.25 zum zweiten Mal im Weißen Haus residiert:

- Er wolle die Inflation bekämpfen, die Preise für Lebensmittel und an den Zapfsäulen der Tankstellen senken und durch eine erfolgreiche Wirtschafts- und Handelspolitik den Lebensstandard der Amerikaner heben.
- Er wolle durch die Schließung der Südgrenze die unkontrollierte Zuwanderung stoppen und durch die „größte Massendeportation aller Zeiten“ die Kriminalität in Amerika bekämpfen und das Land wieder sicher machen.

Das erste Versprechen konnte Trump nicht einhalten. Die Republikaner haben am 3.11.25 bei einer Reihe von Nachwahlen und Gouverneurswahlen herbe Niederlagen erlitten. Dass Trump einige Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl empfohlen hatte, hat diesen nicht geholfen. Die Preise im Supermarkt steigen noch immer und das Zollchaos, das Trump angerichtet hat, war verheerend.

Nun versucht Trump, sein zweites Versprechen einzulösen. Doch auch dabei gibt es Probleme. Noch steht der harte Kern seiner Wählerinnen und Wähler in der Einwanderungspolitik hinter ihm, doch die New York Times berichtet über eine am 3.2.26 veröffentlichte Umfrage, dass 62 % der Amerikaner meinen, dass die Beamten von ICE zu weit gegangen sind. Vor den zwei Tötungsfällen in Minneapolis im Januar 2026 waren nur 50 % dieser Meinung. Trump steht mit seiner Immigrationspolitik und Deportationspraxis im Gegenwind, obwohl sich dieser Themenbereich bisher vorzüglich geeignet hat, Vorurteile und Ängste, bis hin zum Fremdenhass zu schüren. Er und seine beiden Adjutanten – Stephen Miller und Kristi Noem – waren dabei besonders aktiv. Doch der Versuch, die beiden ICE-Opfer Renee Good und Alex Pretti als Terroristen abstempeln zu wollen, hat nicht funktioniert. Die ICE-Beamten schossen nicht aus Notwehr; dies zeigten eine ganze Reihe Videos über den Ablauf der Tötungen.

Die Frage, warum Trump ausgerechnet Minneapolis und Minnesota für seine „Operation Metro Surge“ ausgewählt hat, wurde angesichts der Entwicklung während der Operation intensiv diskutiert. Der Journalist Charles Homans, der in Minneapolis aufgewachsen ist, meinte, dass es dabei um mehr ging als um Immigration, und er hat damit sicher recht: „Dieser Staat und diese Stadt verkörpert ein bürgerschaftliches Ideal, das die Administration in Washington diskreditieren möchte.“ Zwar wirft die Ermordung von George Floyd im Jahr 2020 einen dunklen Schatten auf Minneapolis, doch angesichts meiner Erinnerungen und

Erfahrungen als Austauschschüler in Minneapolis (1953/54), nach zwischenzeitlich vielen Besuchen und der immer noch gepflegten freundschaftlichen Verbindungen nach Minnesota, stimme ich Homans voll zu. Homans zitiert den in Minneapolis geborenen Politik-Wissenschaftler Daniel J. Elazar: Minnesota verkörpert eine Kultur der Moral, mehr als andere (Bundesstaaten) in der Union, oder vielleicht sogar auf der Welt.“ So einen Satz – er mag ein Stück Heimatstolz enthalten – empfindet der Narzissten Donald Trump zweifellos als Herausforderung, die er angreifen muss. Dann gibt es in Minnesota die somalische Community und die demokratische Kongressabgeordnete Ilhan Omar, gegen die er seit Jahren aus allen Rohren schießt. Charles Homans beschreibt Minnesota als einen seit Ende des Zweiten Weltkriegs bestehenden „sicheren Hafen“ für Flüchtlinge. Zunächst wurde Minnesota ein Ziel für Holocaust-Überlebende. In den späten 1970er Jahren kamen tausende Südvietnamesen und Hmong, einer indigenen Minderheit aus Südchina, die beim Rückzug der USA aus Südost-Asien auf der falschen Seite standen. Die somalische Community in Minnesota umfasst rd. 100.000 Menschen, von denen mehr als 90 % US-Staatsbürger sind. Charles Homans zitiert in seinem NYT-Bericht aus einer Rede, die Mark Dayton, der damalige demokratische Gouverneur von Minnesota 2015 an die somalische Community gehalten hat: „Dies ist Minnesota und ihr habt jedes Recht, hier zu sein. Dieser Staat ist nicht so, wie er vor 30 oder 50 Jahren war – als die Bevölkerung fast ausschließlich weiß war – aber intolerante Leute, die damit Probleme haben, sollten sich einen Bundesstaat aussuchen, wo der Anteil der Minderheiten an der Bevölkerung bei 1 Prozent oder so liegt. So ist es nicht mehr in Minnesota und so wird es nicht wieder sein.“

Homans erläutert, dass Trumps Botschaft, nur ein Jahr nach dieser Feststellung des Gouverneurs von Minnesota, eine ganz andere war. Und er sagte: Gewiss, so könnte es wieder sein. Trump versprach 2016, falls er gewählt werde, werde seine Administration „keinerlei Flüchtlinge aufnehmen ohne die Zustimmung der örtlichen Community, in die sie kommen sollen, ... Ihr habt genug gelitten in Minnesota.“ Diese Grundsatzaussage Trumps von 2016 wurde zu einer Kernbotschaft seiner zweiten Amtszeit. Jene andere Vorstellung der Weltoffenheit, und dass die Menschen in einem bürgerlichen Land für gemeinsame Werte einstehen, die will Trump nicht. In Trumps Vorstellung haben vorrangig die Menschen gleicher Abstammung Platz oder die, die eine gleiche kulturelle Identität teilen. In Trumps Welt gibt es keine Pluralität oder Diversität: Das sei nur ein liberaler Schwindel. Will heißen: In Trumps Amerika macht das Ziel des „Wohlstands für alle“ den Ausschluss bestimmter Gruppen erforderlich, im Zweifel auch mit Polizeigewalt, um die Grenzlinie darüber festzulegen, wer irgendwann Amerikaner werden darf und wer nicht – und eine wesentliche Grenzlinie ist, woher die Menschen kommen (*nytimes.com*, 16.1.26: „*Trump's Fight With Minnesota Is About More Than Immigration*“).

Charles Homans erklärt mit diesen teilweise komplizierten Formulierungen den grundlegenden Unterschied zwischen der liberalen bürgerschaftlichen Gesellschaft Minnesotas und der Trump'schen Vorstellungswelt über das „Amerikanische“. Für MAGA gilt, dass die USA ein weißes und christliches Land sind und bleiben sollen – im Zweifel wieder werden sollen – und dass die Bevölkerungsstruktur entsprechend verändert werden muss. Deshalb darf nicht jeder oder jede einreisen und deshalb sollen viele wieder gehen – selbst, wenn sie die Grundwerte der Verfassung akzeptieren und nützlich Glieder der amerikanischen Gesellschaft geworden sind.

Peter Burghardt, der Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Washington, schreibt in einem Kommentar: „Trumps Manöver sind zuvorderst keine notwendige Polizeiarbeit, es sind offenkundige Racheakte gegen demokratisch regierte Regionen. „Inländischer Terrorismus“ ist nicht das, was die mehrheitlich friedlichen Demonstranten tun, sondern das, wie manche Schützen der Staatsmacht reagieren“ (*sueddeutsche.de*, 26.1.26: „Dies ist Donald Trumps Rache an demokratisch regierten Regionen“).

„Retribution“ – Vergeltung, Rache an demokratisch regierten Regionen – in Minneapolis und in Minnesota trifft dies zu. Sowohl der Gouverneur Tim Walz als auch der Bürgermeister Jacob Frey kommen von der Democratic Farmer Labor Party (DFL), der Demokratischen Partei von Minnesota. Donald Trump wurde zwar zweimal zum Präsident gewählt und hat einmal verloren, doch in Minnesota hat er nie gewonnen, während ihm im Mittleren Westen die fünf umliegenden Bundesstaaten mindestens zweimal gewählt haben. Tim Walz war auf dem Ticket von Kamala Harris der Kandidat für die Vizepräsidentschaft. Auch in Minnesota glaubt Trump, dass ihm die Wahl „gestohlen“ worden sei; (*nytimes.com*, 19.1.26: „In Minneapolis, I Glimpsed a Civil War“; Kommentar von Lydia Polgren).

Und schließlich will Trump noch Rache nehmen an Ilhan Omar, die 1995 als Kind mit ihrer Familie aus Somalia nach Minneapolis kam. Omar wurde 2018 erstmals für die DFL ins Repräsentantenhaus gewählt und Trump hat sie immer wieder übel geschmäht. Doch Ilhan Omar blieb ihm in der Regel nichts schuldig. Für Trump mag es wie ein Geschenk des Himmels gewesen sein, als 2020 in Minnesota umfangreiche Betrugereien bei Sozialleistungen im Zusammenhang mit der Pandemie aufgedeckt wurden, an denen auch Somalis beteiligt waren. Ein Grund für Trump, immer wieder ohne Unterschied über Flüchtlinge aus Somalia herzuziehen. Er hat sie als „Garbage“ (Abfall) bezeichnet und schwadronierte bei einer Kabinettsitzung im Dezember 2025: „Wir nehmen immer wieder Leute aus Somalia fest, aus Verhältnissen, die katastrophal sind. Dreckig, schmutzig ekelhaft, von Kriminalität durchsetzt. Sie leisten keinen Beitrag. Ich will sie nicht in unserem Land ... ich will ehrlich sein, ihr Land stinkt“; (*nytimes.com*, 19.1.26; Lydia Polgren a.a.O.).

Dies schreibt nicht etwa ein unbekannter Fremdenhasser in den Sozialen Medien. Dies sagte der Präsident der Vereinigten Staaten. Es ist so etwas wie eine offizielle Aussage – und doch klingt es wie ein Post eines unbekannten Fremdenhassers: Unhöflich, respektlos, verantwortungslos und ohne die Konsequenzen zu bedenken. Eine gewisse Ironie steckt darin, dass Trump für solche unqualifizierten Aussagen seit langem nicht mehr gerügt wird. Er konnte über die Somalis in Minnesota angesichts der Corona-Betrugereien herziehen, sie als „Garbage“ und Kriminelle beschimpfen, die keinen Beitrag zum Wohlstand des Landes leisten. Man kann annehmen, dass außer den Somalis in Minnesota andernorts auch „Einheimische“ bei den Corona-Hilfen betrogen haben. Doch darüber redet der Präsident nicht; ihm hilft es, immer wieder über die Somalis zu lästern. Geschadet hat die Affaire Tim Walz, dem Gouverneur von Minnesota. Der wollte im November 2026 zur Wiederwahl antreten, doch seine Aussichten sind inzwischen derart schlecht, dass er die Kandidatur aufgegeben hat. An seiner Stelle will Amy Klobuchar, die jetzige demokratische Senatorin aus Minnesota ins Rennen gehen.

In Minnesota leben etwa 80.000 – 100.000 Menschen somalischer Abstammung; die meisten haben die amerikanische Staatsbürgerschaft. Am 13.1.26 teilte die Trump-Administration mit, dass der Schutz vor Deportation für somalische Staatsangehörige zum 17.3.26 aufgehoben werde. Davon sind in den USA 2.471 Personen betroffen; (*nytimes.com*, 13.1.26: „*Trump Administration Will End Deportation Protection for Somalis*“).

An der Corona-Betrugsaffäre in Minnesota wird deutlich, wie unterschiedlich Politiker einen solchen Fall ausschlichten können. Weil Somalier beteiligt waren, hat Trump die gesamte somalische Community in Minnesota übel beschimpft und für schuldig erklärt. Er nimmt diese Bevölkerungsgruppe in kollektive Haftung. Die Somalis müssen nach Trumps Interpretation kollektiv bestraft werden. Ähnlich hat im August 1944 Henry Morgenthau jr. (1891-1967) über die Deutschen geurteilt. Die Deutschen haben den II. Weltkrieg entfesselt und müssen dafür kollektiv bestraft werden. Morgenthau wollte Deutschland u.a. in mehrere Staaten unterteilen und diese zu Agrarländern machen. Doch – zum Glück für Deutschland – wurde der Morgenthau-Plan nicht umgesetzt. Präsident Franklin D. Roosevelt verwarf den Plan; (*Wikipedia*; Stichwort *Henry Morgenthau*; Stand 11.8.25).

Die Vorstellung einer Kollektivschuld ganzer Völker oder Volksgruppen wurde damals in Amerika in die Speicherkammer der Geschichte verfrachtet. Donald Trump hat sie 2025/26 gegen die Somalis in Minnesota wieder ausgegraben. Der demokratische Bürgermeister von Minneapolis, Jacob Frey, hat am 29.2.26 in einem Interview mit der New York Times erklärt, wie in einem Rechtsstaat mit Straftätern verfahren wird: Man untersucht den Fall, erhebt Anklage und der Betrüger geht *als Individuum* ins Gefängnis. „Man macht – bei Gott – keine ganze Community für die Taten Einzelner verantwortlich; (*nytimes.com*, 31.1.26: „*A Terrifying Line Is Being Crossed: Mayor Jacob Frey on the Turmoil in Minneapolis*“).

Zwischenkapitel: Eine weitere Respektlosigkeit Trumps

In diesem Zusammenhang soll beschrieben werden, wie ein Post des Präsidenten auf seiner Plattform „Truth Social“ am 5.2.26 einen Aufschrei der Entrüstung im Land ausgelöst hat und auch Republikaner Trump aufforderten, sich zu entschuldigen. Der US-Präsident hat gegen Ende eines 62 Sekunden dauernden Clips, mit dem er seine Theorien über die Fälschung der Wahlergebnisse von 2020 aufwärmte, Barack Obama und seine Frau als Affen abgebildet – eine unsägliche Beleidigung der gesamten afro-amerikanischen Bevölkerung in Amerika, die an die schlimmen Zeiten der Sklaverei erinnert. Ist es mangelnder Anstand oder Böswilligkeit, die hier zu Tage treten? Trump scheint bei solchen Überschreitungen roter Linien nicht zu erkennen, was er dieser Bevölkerungsgruppe in den USA damit antut und welchen Eindruck er damit in der Welt hinterlässt. Auch Afro-Amerikaner haben Trump gewählt. Mit diesem Post zeigt er, was er von ihnen hält: Er macht sich über sie lustig.

Trump's Berater befürchten nach dem „Affen-Video“ das Schlimmste. Doch auch sein Umfeld im Weißen Haus zeigte wenig Einfühlungsvermögen. Als erste Proteste öffentlich wurden, sagte Trumps Pressesprecherin Karoline Leavitt: „Bitte hört auf mit der gespielten

Empörung und berichtet über Dinge, die heute aktuell sind und die für die amerikanische Öffentlichkeit wichtig sind.“

Die New York Times erläuterte dazu, dass dieser Clip auf einer von Trump immer wieder verfolgten Linie liegt: Herabwürdigende Bemerkungen über Menschen anderer Hautfarbe, Frauen und Immigranten zu machen. Seit Jahren hat er sich u.a. die Obamas als Zielscheibe ausgesucht; *nytimes.com*, 6.2.26: „*Trump Deletes Racist Video of Obamas After Outcry*“). Von Journalisten darauf angesprochen, ob er die Veröffentlichung des Videos bereue, verneinte Trump: „Nein, ich habe keinen Fehler gemacht.“ Er habe einen Mitarbeiter auf einen Link hingewiesen und der habe nicht auf den gesamten Zusammenhang geachtet; (*nytimes.com*, 6./7.2.26: „*I Didn't Make a Mistake*“: *Trump Declines to Apologize for Racist Video of Obamas*“).

In einem Gespräch, das am 27.1.26 in der New York Times veröffentlicht wurde, greifen auch die Journalisten Thomas Friedman und Stephen Stromberg diese gravierende Schwäche Trumps auf. Stromberg ist der Ansicht, dass Trump nur in kurzen Zeitspannen denkt: „Er denkt nicht darüber nach, welchen Eindruck es etwa macht, wenn er Europa in Sachen Grönland unter Druck setzt und wie er damit die Beziehungen (zu Europa) strapaziert“; (*nytimes.com*, 27.1.26: „*Thomas L. Friedman: America Is at a Boiling Point*“).

Ross Deouthat, ein konservativer Journalist im Stab der New York Times, bezeichnet dies als „mad-king behavior“, das Verhalten eines „verrückten Königs“. Douthat geht davon aus, dass man die wilden Dinge, die Trump auf den Plattformen Sozialer Medien loslässt, nicht als den Kern seiner Politik betrachten kann: „Er ist ein Schauspieler und Spieler und obwohl er nicht jedes Mal den Rückzug antritt („chicken out“), schaut er immer nach einer Möglichkeit, am Ende einen Handschlag zu erreichen... Trump ist ein labiler Narzisst mit einem endlosen Hunger nach Aufmerksamkeit und einem gestörten moralischem Kern, und wer annimmt, er spiele nur die Rolle eines Verhandlers, der versteht Trump nicht: Er steht mit vollem Ernst zu seinem absurdesten Jammern und Prahlen.“

Douthat geht bei seiner Untersuchung der Persönlichkeit Trumps weiter in die Tiefe: Trump besitze zwar bis zu einem gewissen Grad die Fähigkeit, sich selbst zu beurteilen, aber – und nun macht Douthat eine sehr wichtige Feststellung – „Das Problem ist, ... dass Trumps rationale Möglichkeiten nicht ausreichen, den Job der Selbstbeherrschung allein zu leisten.“ Douthat zieht hier eine Verbindungslinie zur Art und Weise, wie Trump seinen Beraterstab für die zweite Amtsperiode ausgesucht hat: Die jetzigen Berater sind der Meinung, ihre Vorgänger in der ersten Amtszeit hätten bei den Versuchen, Trump zu zügeln, überzogen und glauben, seine Instinkte seien besser als die Zweifler befürchten. (Ich würde hier sehr viel direkter formulieren: Wer Minister oder Berater Trumps wurde, weil er oder sie absolute Loyalität geschworen hat, kann dem „Meister“ selbst bei großen Fehlern nicht ins Wort fallen); (*nytimes.com*, 201.26; *Ross Douthat: „The president needs counterforces to save him from himself“*).

Doch ein breites Umdenken innerhalb der Republikaner hat offenbar noch nicht begonnen. Die Nachdenklichen innerhalb der GOP-Fraktion im Repräsentantenhaus sind noch immer in der Defensive. Am 6.2.26 teilte Mark Amodei von Nevada mit, er werde zu den Midterms im November 2026 nicht mehr antreten und somit zum Ende der jetzigen Wahlperiode im

Januar 2027 aus dem Kongress ausscheiden. „Der Abgeordnete Mark Amodei von Nevada setzt seinen Namen auf die länger werdende Liste von Republikanern, die aufhören wollen, weil Verluste ihrer Partei zu erwarten sind und dies ihren Sitz im House kosten könnte“, erläutert die New York Times. Mark Amodei ist gegenwärtig Vorsitzender des Bewilligungs-Unterausschusses, der das Ministerium für Innere Sicherheit (DHS) überwacht. Amodei gehört zu der kleinen Gruppe moderater Republikaner, die im Repräsentantenhaus isoliert sind, „wo Präsident Trumps eiserne Hand uneingeschränkte Loyalität fordert und die Partei nach rechts gezogen hat; schwierig für jene, die auch nur ein klein wenig Unabhängigkeit andeuten“; (*nytimes.com*, 6.2.26: „*Republican Chairman of Homeland Security Spending Panel to Exit Congress*“).

Hier zeigt sich auch die Schwäche von Mike Johnson, des Speakers of the House, der es versäumt hat, die Unabhängigkeit des Repräsentantenhauses gegen die Administration zu verteidigen – falls er dies überhaupt wollte. Johnson ist dem Präsidenten absolut ergeben.

Fortsetzung: Zur Lage in Minneapolis und Minnesota nach dem ICE-Einfall

Wie bereits angedeutet, sprachen am 26.1.26 – zwei Tage nachdem Beamte der Customs and Border Protection den Krankenpfleger Alex Pretti in Minneapolis auf offener Straße erschossen hatten – Stephen Stromberg, ein Mitglied der Opinion-Abteilung (Meinungs-Redaktion) der New York Times und der NYT-Kolumnist Thomas Friedman über die Situation in der größten Stadt von Minnesota. Dieses Gespräch ist aus zwei Gründen bedeutsam: Friedman ist ein erfahrener und weitgereister Journalist und Pulitzer-Preisträger; er wurde in Minneapolis geboren und ist dort auch aufgewachsen. Daher empfand er die Tötung von zwei amerikanischen Bürgern in seiner Heimatstadt besonders schmerzlich. Doch neben Schmerz und Trauer vermerkte er Stolz über die Art und Weise, wie die Einwohner der Stadt zusammenfanden, um ihre Mitbürger vor den ICE-Razzien zu beschützen, die aus ihren Häusern gezerrt oder willkürlich auf der Straße angehalten und überprüft wurden, nur weil sie aussahen wie Immigranten. „Sie haben dies friedlich getan, mit nichts mehr als Smartphones und Schneebällen.“

Friedman bezieht sich dabei auf die heftigen Ausschreitungen in Minneapolis nach der Tötung von George Floyd durch einen Polizisten im Jahr 2020. Solche Ausschreitungen hat es bei den jüngsten Demonstrationen und Protesten gegen ICE nicht gegeben. Dazu Friedman: „Ich möchte eines über meine Mitbürger von Minnesota sagen, auf die ich wirklich stolz bin darüber, wie sie aufgestanden sind gegen die vorsätzlichen Provokationen. Minnesota ist eine einmalige Region....“. Und Friedmann macht Minnesota ein wunderbares Kompliment: „Wenn mich Leute fragen, woher ich bin, sage ich: Well, ich lebe in Beirut oder Jerusalem oder Washington, aber ich bin von Minnesota“; (*nytimes.com*, 27.1.26: „*Thomas L. Friedman: America Is at a Boiling Point*“).

ICE in Minneapolis – „Wie eine militärische Besetzung“

Der amerikanisch TV-Sender CNN, die New York Times und auch das deutsche Fernsehen und deutsche Zeitungen sind voll von Video-Clips und Fotos von martialischen Auftritten der etwas abgerissen aussehenden ICE-Männer, die in Gruppen durch die Straßen von Minneapolis ziehen – oft „begleitet“ von Demonstranten, die „ICE Out!“ skandieren.

Der NYT-Journalist Charles Homans vergleicht die Agenten der Bundesbehörden mit einem Zug Soldaten, die sich durch eine feindliche fremde Stadt bewegen als mit konventionellen Gesetzeshütern in einer amerikanischen Stadt. Und gerade dies ist ein wesentlicher, aber auch perfider Teil der „Operation Metro Surge“: Die Agenten kommen von Irgendwo, sind Fremde in Minneapolis und haben keine Beziehung zu dieser Stadt und ihren Menschen. Irgendwelche Gefühle oder gar Empathie verlangt ihr Job von ihnen nicht. Charles Homans, Thomas Friedman und auch der frühere Austauschschüler Hans Müller beurteilen das brutale ICE-Auftreten in „ihrem Minneapolis“ völlig anders als die Auftraggeber der ICE-Männer.

„ICE out!“ – sogar bei der Grammy-Verleihung am 1.2.26 in Los Angeles war der Slogan präsent. Einige der geehrten Künstlerinnen und Künstler hatten sich den „ICE Out“-Button ans Rever gesteckt, was Donald Trump zu giftigen Bemerkungen anstachelte. So sagte der Superstar „Bad Bunny“ – er stammt aus Puerto Rico und hat am 8.2.26 beim Super Bowl Endspiel die Halbzeit-Show bestritten – als er sich für drei Grammy Awards bedankte: „Bevor ich mich bei Gott bedanke, sage ich „ICE out“. Trevor Noah, der die Veranstaltung zum sechsten und letzten Mal moderierte, formulierte mit bitterer Ironie: „Der Song of the Year ist ein Grammy, den jeder Künstler beinahe so sehr wünscht, wie Trump Grönland will. Das ist verständlich, nachdem die Epstein-Insel verloren ging. Er braucht eine neue Insel, um mit Bill Clinton herumzuhängen.“

Noch in der Nacht feuerte Trump auf seiner Plattform Truth Social in Richtung Trevor Noah und drohte, ihn zu verklagen. Die Grammy Show sei das Schlimmste und so gut wie nicht anzusehen!“ Am nächsten Tag legte Trump nach: „Noah ist ein totaler Loser, er sollte die Fakten abklären, und zwar schnell. Es sieht so aus, als ob ich ihm meine Anwälte schicken muss, diesem armen, mitleiderregenden Trottel eines Moderators, um ihn auf jede Menge Dollars zu verklagen.“ Auch „Bad Bunny“ wurde von Trump „bedacht“: Er sei eine „schlimme Wahl“ für den Super Bowl.

(Quellen:

nytimes.com, 2.2.26: „Stars Bring ‚ICE OUT‘ Pins and Fiery Speeches to a Political Grammys“;
nytimes.com, 2.2.26: „Trump Assails Grammys and Threatens to Sue Trevor Noah Over Epstein Joke“).

Downtown Minneapolis – Die New York Times veröffentlichte viele Fotos von mir vertrauten Straßen und Plätzen der Stadt: Hennepin Avenue, Nicolette Avenue, City Hall und auch von Minneapolis-South, von den einfacheren Wohngegenden, in denen Immigranten ein Zuhause gefunden haben ... Dann der Minnehaha Parkway, der Minneapolis/St. Paul International Airport, Bloomington und Fort Snelling, jener Gegend, wo das Hauptquartier von ICE liegt. Viele vertraute Namen in einer Stadt, die mir zur zweiten Heimat geworden ist und wo seit Dezember 2025 so etwas wie ein Bürgerkrieg abläuft, mit brutalen Szenen, bei denen sich mehrere ICE-Männer auf einzelne Menschen stürzen – auch auf Frauen – Szenen, wie in einem Gangsterfilm. Und da waren schließlich die Videoclips, die die Tötung von Renee Good und Alex Pretti zeigten und mit denen die zurechtgezimmerten Aussagen der Administration über „Notwehr“ der Agenten widerlegt wurden. Aus den mir vorliegenden vielfältigen Presseberichten aus Minneapolis, in denen das Geschehen und die Stimmungen in der Stadt beschrieben werden, will ich einiges zitieren:

„Tausende maskierte, schwer bewaffnete Agenten, einige nur dürftig ausgebildet, wurden in den Straßen eines amerikanischen Bundesstaates losgelassen. Ihnen wurde vom Präsidenten nahezu völlige Immunität zugesagt, im Endeffekt unbehindert durch irgendwelche verfassungsmäßigen Einschränkungen. Sie erhielten die unbeschränkte Erlaubnis, jeden zu entführen – nicht nur illegale Immigranten, sondern auch amerikanische Staatsbürger, die zufällig ausländisch aussehen – was immer dies bedeuten mag. Selbst amerikanische Ureinwohner (native Americans), deren Vorfahren hier lange vor irgendwelchen anderen lebten, wurden in Haft genommen, auf den absurden Verdacht hin, sie seien illegale Immigranten. Sie haben lokale Abgeordnete verprügelt, verhaftet und amtliche Beobachter ohne Anklage ins Gefängnis gebracht, Schüler mit Tränengas besprüht, die Scheiben verblüffter Autofahrer zertrümmert, die unglücklicherweise ihre Wege kreuzten. Jeder, der ihnen in den Weg kommt, protestierend ihre Aktionen filmend oder weil er zufällig zur falschen Zeit am falschen Ort ist – wird als einheimischer Terrorist betrachtet.“

„Wir haben erschreckende, sich rasch verbreitende Videos gesehen – ich (der Journalist) war einige Häuserblocks entfernt, eingehüllt in einer Wolke von Tränengas und nicht weit von der Stelle, wo (Renee) Good erschossen wurde, als eine behinderte Frau, unterwegs zu einem Arzttermin, von Bundesagenten aus ihrem Auto gezogen wurde, in Handschellen gelegt und weggetragen wurde wie ein Tierkadaver.“

„Minnesota steht unter Belagerung. Es handelt sich zwar noch um keinen Bürgerkrieg, aber was das Weiße Haus „Operation Metro Surge“ nennt, ist zweifellos nicht nur – oder nicht vorrangig – eine Aktion gegen Immigranten. Es ist eine Besetzung, die darauf abzielt, jemand zu bestrafen und zu terrorisieren, der es wagt, sich diesem Einfall und auch gegen die Ausdehnung der Macht Donald Trumps zu widersetzen, der seine schrankenlose Gewalt gegen jeden gewünschten Feind einsetzen will.“

Diese etwas verschachtelten Formulierungen in der New York Times ergänzte Keith Ellison, der Justizminister Minnesotas: „Dies ist Tyrannei. Man kann es nicht anders beschreiben. Wir sind alle schockiert. Niemand hat je daran gedacht, dass Amerika so aussehen würde.“

Wir müssen nun nicht mehr darüber spekulieren, wie der amerikanische Faschismus aussehen wird“; (*nytimes.com*, Lydia Polgren: „In Minneapolis I glimpsed Civil War“).

Lydia Polgren, die Verfasserin eines Lageberichts aus Minneapolis ist eine Meinungskolumnistin der New York Times. Polgren – die vielfältig journalistisch tätig war – beschreibt nicht nur die Aggressivität der ICE-Agenten, die nicht zuletzt auf mangelnde Ausbildung zurückzuführen ist. Sie beschreibt auch die Unbeholfenheit, die bei den Demonstranten zu Schadenfreude führte: Es war am Abend des 14.1.26, eine Woche nachdem Renee Good von ICE-Beamten erschossen worden war, im Wohngebiet Hawthorne in Minneapolis-Nord. Eine ICE-Mann in voller Montur marschierte auf einem engen Bürgersteig, dabei vorgebend, die auf Trillerpfeifen blasenden Protestierer nicht zu sehen, die ihm Flüche zuriefen.

Polgren beschreibt die Ausrüstung des Mannes – „geeignet für die Schlacht von Falluja“ – wie folgt: Ganzkörper-Schutzanzug, Tarnkleidung und Helm, Militärstiefel und eine Maschinenpistole; in aufrechter Haltung, den Blick voll geradeaus gerichtet.“ Plötzlich wird die angespannte Situation zu einem Slapstick. Auf glattem Eis rutscht der Mann aus und stürzt zu Boden – die Protestierer brechen in heißeres Gelächter und Hohngeschrei aus. Der Mann rappelt sich auf und marschiert weiter. Und plötzlich ruft jemand: „Er hat ein Magazin verloren!“ Und tatsächlich lag ein vollgeladenes Magazin seiner automatischen Waffe auf dem Eis. Ein städtischer Bediensteter hob es auf und bemerkt: „Well, wir stehen verdammt nah vor einem Bürgerkrieg.“

Dies ist eine Geschichte voll Ironie und Komik. Doch Lydia Polgren berichtete auch über die angespannte und bittere Stimmung in Minnesota. Jene Geschichte handelt von Kaohly Her, der Bürgermeisterin von St. Paul, der Hauptstadt des Bundesstaats mit 300.500 Einwohnern. St. Paul und Minneapolis sind zu einer großstädtischen Zentralregion zusammengewachsen und werden auch die Twin Cities genannt.

Kaohly Her entstammt der Volksgruppe der Hmong, ist in Laos geboren und kam im Alter von 3 Jahren als Flüchtlingskind nach Amerika. Sie hat der NYT-Journalistin erzählt, dass sie seit kurzem die Urkunde zum Nachweis der US-Staatsangehörigkeit immer bei sich trage. In ihrer Heimatstadt, in der sie Bürgermeisterin ist, muss sie befürchten, von ICE verhaftet und deportiert zu werden! Diese Geschichte zeigt die völlige Absurdität der „Operation Metro Surge“. Sie zeigt aber auch die völlig andere Einstellung der Bevölkerung von Minnesota, die in ihrer Hauptstadt eine Immigrantin, irgendwo her aus Südost-Asien – zur Bürgermeisterin gewählt hat.

Die Sorgen der Bürgermeisterin aus der Hmong Community in St. Paul sind durchaus berechtigt. Am Sonntag, 18.1.26 stürmten verummte und bewaffnete Bundesbeamte ein Haus in St. Paul, brachen die Tür gewaltsam auf und zerrten einen nur mit Unterwäsche und Slippers bekleideten Mann über den verschneiten Weg in ein wartendes Auto. Bei dem Mann handelte es sich um einen Hmong-Immigranten mit amerikanischer Staatsbürgerschaft und ohne Vorstrafen. Er wurde längere Zeit kreuz und quer durch die Stadt gefahren und dabei verhört. Nach einer Stunde wurde er entlassen.

Das Department of Homeland Security (DHS) erklärte dazu, es sei auf der Suche nach verurteilten Sexualstraftätern gewesen, davon seien zwei unter der Adresse des Betroffenen registriert. Dessen Schwägerin sagte der Presse, sie habe vergeblich versucht, den Beamten die Papiere zu zeigen: „Ihnen war egal, dass er US-Bürger ist. Ihnen war egal, dass er kein Krimineller ist. Sie nahmen ihn mit, weil er in ihr Profil passte.“

Ein Foto in der New York Times zeigt, wie 7 bewaffnete Beamte auf das Haus zugehen. Eine Nachbarin sagte, dass 10 Fahrzeuge mit Bundesbeamten in der Straße gewesen seien. Dieser Vorfall war für die Hmong Community in St. Paul besonders schmerzlich. Viele von ihnen waren aus Laos geflohen, weil sie den Vereinigten Staaten während des Vietnam-Kriegs halfen. In den Twin Cities lebt eine der größten Hmong-Communities in Amerika. Und nun wütet ICE gegen sie wie die Axt im Wald.

Das Auftreten von ICE in Minnesota, insbesondere in Minneapolis, steht für Willkür und Brutalität. Jacob Frey, der Bürgermeister von Minneapolis (429.950 Einwohner) sprach in einem Interview mit Lulu Garcia-Navarro von der New York Times von einer Invasion der Stadt durch ICE, bei der „marodierende Kerle in Gangs durch die Straßen zogen und ziellos Menschen aufgriffen. „Man kann dabei nicht von „regulärer ICE-Arbeit“ reden. Das fühlt sich an wie eine Invasion.“

(Quellenauswahl:

nytimes.com, 13.1.26: „*Like a Military Occupation: Clashes Rise With Federal Agents in Minneapolis*“;

nytimes.com, 18.1.26: „*In Minneapolis, a Pattern of Misconduct Towards Protesters*“;

nytimes.com/interactive, 24.1.26: „*Videos Showing Aggressive ICE Tactics in Minnesota Fuel a Backlash*“;

nytimes.com, 25./27.1.26: „*Watching America Unravel in Minneapolis*“;

sueddeutsche.de, 25.1.26: „*Der Kampf um Amerika*“; Zitat aus diesem Bericht: „Die Wahrheit ist, dass die wenigsten verhafteten Einwanderer schwer straffällig geworden waren und auch dieser zweite Tod eines Einheimischen wie eine Hinrichtung wirkt.“

nytimes.com, 30.1.26: „*ICE Expands Power of Agents to Arrest People Without Warrants*“;

nytimes.com, 30.1.26: „*The Rot Goes Deeper Than ICE*“; Gastbeitrag von Ben Rhodes;

nytimes.com, 31.1.26: „*ICE Is a ‚Secret Police‘ America Didn’t Ask For*“;

nytimes.com, 20./21.1.26: „*ICE Arrest of a Citizen, Barely Dressed, Sows Fear in Twin Cities*“;

nytimes.com, 31.1.26: „*‘A Terrifying Line is Being Crossed’: Mayor Jacob Frey on the Turmoil in Minneapolis*“).

Der fünfjährige Junge mit der Hasenmütze

Die Geschichte des fünfjährigen Liam Conejo Ramos hat ganz Amerika erschüttert und ging um die Welt. Sie hat Trump und seiner Migrationspolitik keine Pluspunkte eingebracht, sondern die Kritik an der „Operation Metro Surge“ verstärkt. „Das Bild des Kindes mit dem traurigen Blick und der blauen Wollmütze ist zu einem dieser Symbole geworden“, schreibt Peter Burghardt am 25.1.26 in der Süddeutschen Zeitung und vermerkt, dass der Bub von

ICE als Köder benutzt wurde, um dessen Vater zu fangen. Dies wurde zwar vom Department of Homeland Security (DHS) bestritten, doch der Imageschaden für ICE war nicht mehr auszubessern. Die „Verhaftung“ des fünfjährigen Vorschulkindes geschah am 20.1.26, wobei der Ablauf und die Hintergründe durch die Schule einerseits und durch eine Sprecherin des Departments andererseits unterschiedlich dargestellt wurden. Ein Mitglied des Schulbeirats – die Frau war bei der „Verhaftung“ dabei – berichtet, dass eine in der Wohnung der Familie anwesende Person gebeten hat, ihr das Kind zu überlassen: „Ich werde das Kind versorgen.“ Auch die Frau vom Schulbeirat hatte angeboten, den Jungen zu übernehmen. Die Version von ICE lautete anders: Die ICE-Agenten hätten gebeten – dabei war von der Mutter des Kindes die Rede – den Jungen zu übernehmen, doch die habe sich geweigert. Der Vater habe den Bundesagenten erklärt, der Bub solle bei ihm bleiben.

Ein für die Familie tätiger Anwalt berichtete, der Vater und der Junge seien dann nach Dilley in Texas, außerhalb von San Antonio, in eine Haftanstalt für Immigranten gebracht worden. Dazu ist zu vermerken, dass es offenbar gängige ICE-Praxis ist, Verhaftete möglichst weit entfernt vom bisherigen Aufenthaltsort bis zur Deportation zu verwahren, um Kontakte zu Anwälten zu erschweren. Minnesota liegt im Norden der USA und grenzt an Kanada an; Texas liegt an der amerikanischen Südgrenze und grenzt an Mexico an.

Der Anwalt der Familie teilte mit, so wird in der NYT berichtet, der Vater und sein Sohn seien 2024 aus Ecuador in die USA gekommen. Der Asylantrag sei noch nicht entschieden. „Dies sind keine illegalen Ausländer. Sie sind legal eingereist und durchlaufen den legalen Weg.“

Am 26.1.26 untersagte der Bundesrichter Fred Biery vom US-Distrikts Gericht für den Westlichen Distrikt von Texas eine Deportation des Jungen und seines Vaters bis zur Entscheidung darüber, ob die Verhaftung in Columbia Heights bei Minneapolis rechtmäßig war. Strittig ist dabei die Frage, ob Vater und Sohn legal oder illegal in die USA eingereist sind.

Inzwischen beschäftigte der Fall die amerikanische Öffentlichkeit. Zu Hause in St. Paul verwiesen Beamte des Schulbezirks und Mitglieder des Parlaments von Minnesota auf den inneren Stress der Kinder an der Schule von Columbia Heights, wo bereits 3 andere Schulkinder „verhaftet“ worden waren. Mary Granlund, die Vorsitzende des dortigen Board of Education erklärte, der Schulbezirk mit insgesamt 3.400 Schulkindern befinde sich in einer Krise. Zum einen blieben Kinder weg vom Unterricht, andere weinten in der Klasse und die Lehrer könnten deren Fragen nicht beantworten. Die ICE-Aktionen schlagen sich nieder in der Welt der Kinder und lösen Ängste aus.

Am 31.1.26 ordnete Bundesrichter Fred Biery an, dass der Vater und sein Sohn aus der Haftanstalt in Texas zu entlassen sind, weil der Zugriff in Minneapolis verfassungswidrig gewesen sei. In einer am 3.2.26 veröffentlichten schriftlichen Entscheidung verurteilte Richter Biery u.a. die „perfide Gier nach ungezügelter Macht“ und die „auferlegte Grausamkeit (durch die Verhaftung). An das Ende der dreiseitigen Entscheidung setzte der Richter das berühmt gewordene Foto des kleinen Jungen sowie einen Hinweis auf zwei Bibelverse.

Die herausragende Besonderheit der Gerichtsentscheidung wurde in den Medien ausführlich besprochen. Es handle sich dabei um weit mehr als nur um ein Beispiel richterlichen Denkens, schreibt die New York Times. Die Entscheidung sei leidenschaftlich, gelehrt und stellenweise ein schelmisches Stück Prosa“. In einer Veröffentlichung des Anwaltsmagazins von San Antonio wurde Fred Biery bereits im Jahr 2023 als ein Richter beschrieben, der uns „etwas ein wenig besonderes“ zu sagen hat. In der aktuellen Entscheidung verknüpft er mit weniger als 500 Worten Literatur, Geschichte, Volksweisheit und die Heilige Schrift, um Trumps Theorie der absoluten Macht der Exekutiver herauszufordern.

Richter Biery verweist auf das in der Verfassung verankerte Recht des habeas corpus, das „ordinary people“ – einfache Leute – davor schützt, eingesperrt zu werden: „Dies geschieht durch die Festlegung, dass die Regierung entweder Gründe für das Festhalten vorlegen oder die Leute laufen lassen muss.“ Biery geht dazu in der Rechtsgeschichte weit zurück und verweist auf Artikel 39 der englischen Magna Carta sowie auf den Blackstone-Kommentar zu den ‚Gesetzen von England‘ aus dem Jahr 1215. „Vielleicht will er der Administration damit eine Nachhilfe-Lektion erteilen. Allerdings ist dabei sein entscheidender Punkt: Der Administration eine Rüge zu erteilen für die Missachtung des habeas corpus-Rechts, das seiner Meinung nach durch die Deportation erfolgte: Dadurch wird die verfassungsmäßige Ordnung bedroht.“

Der Richter verweist an dieser Stelle auf einen oft zitierten großen Moment in der amerikanischen Geschichte und zitiert die Beschwerden, die Thomas Jefferson dem autoritären König von England in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 vorhielt:

1. „Er hat Scharen von Amtspersonen hergeschickt, um unser Volk zu belügen.“
2. „Bewaffnete Truppen werden in großer Zahl bei uns einquartiert.“
3. „Er hat in Friedenszeiten eine stehende Armee zu uns gebracht, ohne die Zustimmung unserer Legislative.“

Dies sind großartige Bilder und Sätze aus der amerikanischen Geschichte, die den Schulkindern immer wieder vorgestellt werden. Sie beschreiben aber auch treffend all das, was in diesen Tagen in Minneapolis geschieht. Richter Biery stellt der Trump-Administration und den amerikanischen Bürgerinnen und Bürgern die Frage, ob diese aktuellen Bilder zu den Feiern des 250. Jubiläums der amerikanischen Unabhängigkeit passen, die im kommenden Jahr veranstaltet werden sollen?

Darüber hinaus erteilt Richter Biery der Administration eine Lektion in Sozialkunde: Dass die Administration Regierungsdekrete an sich selbst erlässt, hält dem Erfordernis des hinreichenden Tatverdachts nicht Stand: So etwas nennt man „der Fuchs bewacht den Hühnerhof“. Die Verfassung verlangt jedoch ein unabhängiges Justizorgan.

Dann das anrührende Foto des kleinen Jungen Liam Conejo Ramaos – des Jungen mit der Hasenohren-Mütze und schließlich der Hinweis auf zwei Bibelstellen im Neuen Testament. Richter Biery nennt lediglich die Fundstellen – er veranlasst den gewissenhaften Leser seiner Entscheidung, die Bibel aufzuschlagen. Die New York Times zitiert auch die Texte aus der Bibel:

- Matthäus 19:14
„Aber Jesus sprach: Lasset die Kindlein und wehret ihnen nicht, zu mir zu kommen, denn solchen ist das Himmelreich

Johannes 11:35
„Und Jesu gingen die Augen über.“

Am 31.1.26 hat der demokratische Kongressabgeordnete Joaquin Castro aus Texas Vater und Sohn in der Immigranten-Verwahreinrichtung in der Nähe von San Antonio abgeholt und nach Minnesota zurückgebracht. Dazu sein Aufruf an die Administration: „Sie sollten Liam in Ruhe lassen. Der kleine Junge und sein Vater gingen durch die Hölle.“ Doch weder die Bestimmungen der US-Verfassung noch Bibelverse scheinen das Department of Homeland Security zu beeindrucken. Die Administration versucht in vielen Fällen, noch ehe über den Antrag auf Asyl gerichtlich entschieden ist, die Erlaubnis zur Abschiebung in ein anderes Land zu erreichen. Dazu der Anwalt der Familie: „Sie arbeiten sehr rasch. Die Deportation könnte innerhalb weniger Wochen geschehen.“

(Quellen:

nytimes.com, 22.1.26: „*Detention of 5-Year-Old by Federal Agents Incenses Minneapolis*“;
nytimes.com, 27.1.26: „*Judge Temporarily Blocks Depotation of 5-Year-Old Detained in Minneapolis Suburb*“;
nytimes.com, 31.1.26: „*Judge Orders Release of 5-Year-Old Whose Detention Drew Outrage*“;
nytimes.com, 3.2.26: „*In Under 500 Words, a Judge Weaponized Witt to Free the Child Detained by ICE*“;
nytimes.com, 6.2.26: „*U.S. Seeks to Expedite Deportation of 5-Year-Old Liam Conejo Ramos*“).

Minneapolis wehrt sich

Am 27.1.26 schrieb der bereits erwähnte Journalist und dreimalige Pulitzer-Preisträger Thomas L. Friedman in seiner Kolumne in der New York Times: „Ich höre von meinen Freunden am Ort des Geschehens eine Mischung von Stolz und Ängsten. Stolz darüber, wie Minneapolis zusammensteht, um die Bewohner dagegen zu verteidigen, aus ihren Häusern geschleppt oder willkürlich auf den Straßen angehalten zu werden, weil sie wie Immigranten aussehen und dies (die Verteidigung) geschieht im Wesentlichen friedlich, mit vielen Handys und Schneebällen. Doch gleichzeitig ist da wirklicher Schmerz darüber, dass die Stadt, ihre Wirtschaft und ihre Gesellschaft sich angegriffen fühlen durch die Bundesregierung. Beides hat mich angetrieben, über Minneapolis zu schreiben...“; *nytimes.com*, 27.1.26: „*Thomas L. Friedman: America Is at a Boiling Point*“).

Amerika hat – angeheizt durch die eigene Regierung – einen Siedepunkt erreicht! Friedman beschreibt jene sehr unterschiedlichen Gefühle, die die Bewohner der Stadt umtrieben und

noch umtreiben, und ich kann dies nachvollziehen. Beim Lesen der Berichte und beim Ansehen der Bilder im Fernsehen erfasst auch mich Zorn und Stolz zugleich.

Als der öffentliche Druck wegen der ICE-Aktionen stärker wurde und Trump Zugeständnisse machen musste – (darüber wird an anderer Stelle noch die Rede sein) – trat auch bei mir der Stolz in den Vordergrund, über den Thomas Friedman geschrieben hat. Bürgerinnen und Bürger, Nachbarinnen und Nachbarn, hatten sich – weit über die Anti-Trump-Wählerschaft hinaus zusammengefunden, um die bedrohten Nachbarn vor den ICE-Trupps zu warnen und deren brutale Auftritte mit Handys zu dokumentieren. Ein neuer Begriff – „ICE-Watching“ – wurde geboren. Die New York Times beschreibt die Taktik des „ICE-Watching“ wie folgt: „ICE-Watching“ war ein Herzstück des Widerstands gegen die Razzien der Trump-Administration in Minneapolis, wo die oft kriegslustigen Bundesagenten von den Aktivisten unnachgiebig verfolgt wurden, was ständig zu Konfrontationen führte. Bei zwei solcher Zwischenfälle erschossen Bundesbeamte die beiden Minneapolis-Einwohner Renee Good und Alex Pretti, und diese Tötungen wurden von Beobachtern mit Kameras aus allen möglichen Blickwinkeln festgehalten. Bemerkenswert ist der Name einer dieser Gruppen: „Defend the 612“ – „Verteidigung der 612“ – in Anlehnung an die Telefon-Vorwahl-Nummer der Stadt. Donald Trump hat solche Gruppen als „Wahnsinnige, Agitatoren und Aufständische“ bezeichnet. Sie haben mit der Dokumentation der ICE-Aktionen dazu beigetragen, dass die Administration Zugeständnissen machen musste. „ICE-Watching“ ist ein neuer Begriff für eine alte Taktik, die schon von den Widerstandsgruppen der Black Panthers und der American Indian Bewegung praktiziert wurde. Allerdings gab es damals weder Smartphones von Internetplattformen wie etwa WhatsApp oder Signal; (*nytimes.com*, 6.2.26: „*The Difference That ICE-Watchers Are Making in Minnesota*“).

Noch einmal kurz zurück zum Kommentar von Thomas Friedman in der New York Times. Er kritisiert die Migrationspolitik der Trump-Regierung nicht zuletzt deshalb, weil sie im Grund nur aus dem Schwerpunkt „Deportation“ besteht. Friedman bezeichnet das, was in Minneapolis geschah als Straßenkrieg und beschreibt das, was die Akteure in Washington dabei antreibt so: „Er (der Krieg) wird angetrieben durch die üblen Leute in der Trump-Administration, wie etwa Stephen Miller und die Ministerin für Innere Sicherheit, Kristi Noem und Präsident Trump selbst ... Eines der Probleme mit Stephen Miller und Donald Trump ist, dass sie nie im Ausland lebten.“ Diese Männer reden zwar häufig und gern über Patriotismus und die Liebe zu den Vereinigten Staaten, doch Thomas Friedman hat Erfahrungen gesammelt, die über solche Deklamationen weit hinausgehen. Seine beruflichen Schwerpunkte liegen vor allem im Mittleren Osten und er hat in Beirut und Jerusalem gelebt. Wenn er schreibt „ich betrachte mich als ein aufrichtiger Patriot. Ich liebe mein Land. Ich denke, die Vereinigten Staaten sind eine der größten Erfindungen der Menschheit“, dann haben diese Aussagen einen anderen Erfahrungshintergrund, weil er auch die dunklen Flecken Amerikas sieht: „Wenn es in Amerika finster wird, wird es auf der ganzen Welt finster. Wenn wir selbstsüchtig werden, wird die ganze Welt selbstsüchtig.“

Wenn verummte und schwer bewaffnete Truppen – man könnte auch „Horden“ sagen – durch eine Stadt ziehen, Menschen kontrollieren, in Häuser eindringen, Leute zu Boden

werfen und in Handschellen abtransportieren, ist die Gefahr groß, dass Gewaltreaktionen ausbrechen. Donald Trump hat dazu noch Öl ins Feuer gegossen, als drohte, neben den ICE-Agenten und Grenzschützern auch noch reguläre Truppen nach Minnesota zu schicken.

Ähnlich wie die NYT-Journalistin Lydia Polgren, die ihren Bericht aus Minneapolis mit dem Satz überschrieb „In Minneapolis sah ich einen Bürgerkrieg aufflackern“, verglich auch Tim Walz, der Gouverneur von Minnesota, die Situation in der Stadt mit dem Beginn des amerikanischen Bürgerkriegs im Jahr 1861. Jacob Frey, der Bürgermeister von Minneapolis, präziserte die Aussage von Walz: Walz wollte damit sagen, dass eine bedeutende und schreckliche Grenzlinie überschritten wurde und dass wir in diese Richtung nicht weitergehen dürfen. „Wir müssen als Land zusammenstehen und mir scheint, dass genau dies uns viele Menschen empfehlen.“

Im Interview mit der New York Times sprach Frey wiederholt voll Hochachtung darüber, wie die Menschen in Minneapolis füreinander einstanden, aufeinander aufpassten und einander halfen. „Zuallererst will ich tausende Menschen in Minneapolis und Minnesota loben, die für ihre Nachbar eingetreten sind. Es mag phrasenhaft klingen, dieses „standing up for your neighbors“, aber es geschieht in so großartiger Weise ... Ich war nie mehr stolz, ein Teil dieses Minneapolis zu sein.“

Lydia Polgren ergänzte diese Aussage von Bürgermeister Frey mit Worten des 17jährigen Schülers Jesse Fee, der zusammen mit hunderten Schülern zum Kapitol in St. Paul zog, die forderten, dass ICE Minnesota verlässt. „Es mag sein, dass ICE nicht in mein Haus eindringt, um ein Mitglied der Familie mitzunehmen, denn wir sind alle weiß. Aber mir ist es nicht gleichgültig, nur weil es mir nicht passieren mag. So etwas ist – ehrlich gesagt – unverantwortlich, das ist respektlos, es ist eine Sünde.“

(Quellen:

nytimes.com, 19.1.26; Lydia Polgren: „In Minneapolis, I glimpsed a Civil War“;

nytimes.com, 31.1.26: „A Terrifying Line Is Being Crossed: Mayor Jacob Frey on the Turmoil in Minneapolis“).

Anders als die Proteste in Minneapolis nach der Ermordung von George Floyd im Jahr 2020, der unter dem Knie eines Beamten der Minneapolis Police erstickte, waren die Aktionen gegen ICE nicht überschattet von Gewalt der Demonstranten. 2020 ging eine Polizeistation in Flammen auf und die Forderung „defund the police!“ – „entzieht der Polizei das Geld!“ stand im Vordergrund. Bürgermeister Frey hat diese Forderung damals nicht unterstützt und dafür viel Kritik erfahren. Heute kann er auf zahlreiche Veränderungen bei der Polizei der Stadt verweisen: „Sie haben reformiert und sie haben Dinge geändert und dies wird selbst von den heftigsten Kritikern des Police-Department anerkannt. Vor allem wenn man vergleicht, wie sich die Polizei in der Stadt verhält und wie sich dagegen ICE aufführt.“

Die Demonstranten in Minneapolis wussten und wissen offenbar, dass gerade dieser friedliche Protest für das Department of Homeland Security und für ICE vor Ort eine nicht erwartete Herausforderung bedeutet. Trump und den Horden des Departments wären gewalttätige Protest gerade recht gewesen, da sie aggressive Gegenreaktionen

gerechtfertigt hätten. Doch diesen Gefallen haben die Bürger von Minneapolis und St. Paul den ICE-Männern nicht getan.

Der 23.1.26 war von Nachbarschaftsgruppen, kirchlichen Organisationen und Gewerkschaften zum Streik- und Protesttag ausgerufen worden und tausende Demonstranten bewegten sich durch die Straßen von Downtown Minneapolis in Richtung Target Center, wo normalerweise die beiden Profi-Basketballteams von Minnesota ihre Heimspiele austragen. Dort hielt unter anderem Randi Weingarten von der Lehrgewerkschaft eine leidenschaftliche Rede: „Wir begegnen der ICE-Gewalt mit Gewaltlosigkeit. Wir begegnen ihrem Chaos und ihrer Grausamkeit mit Leidenschaft und Zusammenhalt.“

Viele Geschäfte, nicht zuletzt solche, die von örtlichen Eigentümern betrieben werden, blieben geschlossen und erklärten, das Ziel des Protests – die Beendigung der Aktionen gegen Immigranten zu erreichen – sei es wert, auf einen Tagesumsatz zu verzichten. Aus dieser Gruppe der kleinen Betriebe wird in der New York Times Alison Kirwin, die Besitzerin von „Al’s Breakfast“ zitiert, die wie viele andere in der Stadt ihr kleines Restaurant am 23.1.26 geschlossen hatte. „Es gibt Zeiten, da muss man für etwas einstehen und dies geschieht jetzt. Es kostet uns die Einnahmen eines Tages, aber das ist es wert.“ („Al’s Breakfast“ zitiere ich besonders gern, denn es liegt in Dinky Town, nicht weit entfernt von meiner früheren Schule. Ich erinnere mich: Al’s war stets beliebt und es gab immer eine Warteschlange vor der Eingangstür).

Auch am Minneapolis/St. Paul International Airport wurde am 23.1. gegen ICE demonstriert; einige Demonstranten waren sogar von New York angereist. Wegen der herrschenden Kälte gingen die Demonstranten immer wieder in eines der Terminals, um sich mit heißer Schokolade aufzuwärmen. Die Polizei forderte die Demonstranten regelmäßig auf, auf dem Gehweg zu bleiben, sonst würden sie verhaftet. Dies geschah dann auch tatsächlich, als eine Gruppe Geistlicher auf der Straße niederknieten und beteten. Unter dem Beifall der Protestierer verhaftete die Polizei ein paar Dutzend Geistliche und lud sie in einen Bus.

Am Protesttag nicht geschlossen war der Café-Shop „Misfit“ im Norden der Stadt. Doch das „Misfit“ beteiligte sich auf besondere Weise am Protest: Kaffee, Gebäck und Espresso gab es umsonst und dank einer Spende aus Texas stand eine Flasche Bourbon und eine Flasche Baileys für diejenigen bereit, die ihren Drink etwas anreichern wollten. Marcus Parkansky, der Besitzer des „Misfit“ sagte, er hoffe, der Streik zeigt der Bundesregierung, wie gut man in Minneapolis organisiert ist: „Wir wollen zeigen, dass dieser Unfug aufhören muss.“ Die so völlig andere Atmosphäre des Protesttage am 23.1. zeigt ein Foto in der New York Times: Mit Postern wie „General Strike: The Path to Justice“ und „Basta Ya“ tanzte eine Gruppe junger Leute – warm eingepackt mit Schals und Wollmützen – auf der Straße. Eine junge Frau gab mit einem Megafon den Takt vor; (*nytimes.com*, 23.1.26: *„Demonstrators Flood Minneapolis Streets as Hundreds of Businesses Close to Protest ICE“*).

Neben diesen großen Aktionen gab es in Minneapolis und in anderen Städten Minnesotas viele kleine, bürgerschaftlich organisierte Proteste gegen den Versuch Trumps, Minneapolis und den selbstbewussten Bundesstaat Minnesota auf die Knie zu zwingen. Liest man die vielfältigen Berichte, wird deutlich, dass die Brutalität und insbesondere die landesweit

bekanntgewordenen Untaten von ICE den Zusammenhalt der Bevölkerung immer mehr verstärkten. Die New York Times berichtet, wie in Minneapolis – ähnlich wie zuvor in Los Angeles, Chicago und anderen Städten, die von ICE heimgesucht worden waren – die Einwohner lose Netzwerke organisierten, um die Bewegungen der verummten Agententrupps mit Trillerpfeifen und Smartphones zu verfolgen und betroffene Wohngebiete zu warnen. Migrantenfamilien, die sich nicht mehr auf die Straße trauten um einzukaufen, wurden mit Lebensmitteln versorgt und für Kinder, die sich nicht mehr zur Schule trauten, wurden Hausaufgabenhilfen organisiert. Es gab sogar Gruppen, die in der Nacht vor Hotels lärmten, in denen ICE-Personal untergebracht war.

Den ICE-Männern behagte überhaupt nicht, dass ihr „Aktionen“ mit Smartphones gefilmt wurden, und sie reagierte darauf immer wieder mit Pfefferspray und Tränengas. Genau dies geschah unmittelbar vor der Tötung von Alex Pretti am 24.1.26. Darüber soll noch berichtet werden.

Menschen, die auf diese Weise aktiv wurden, berichteten der New York Times, dass sie insbesondere aus zwei Gründen handelten:

- Aus dem Antrieb, ihre Nachbarn zu beschützen, die zwar illegal im Land leben mochten, aber keinerlei Straftaten verübt haben;
- Um gegen die Aktionen der Bundesregierung Widerstand zu leisten, die sie als gewalttätig und überzogen ansahen.

Sandra Trevino, die in Chicago aktiv geworden war, beschrieb diesen Antrieb zum Handeln so: „Es sind viele Leute dabei, die sich normalerweise nicht politisch betätigen, die jedoch nicht mögen, was ihrer Gemeinde geschieht.“ Dieser aktive Widerstand gegen ICE und die Grenzschutz-Agenten reiche weit über die typische Wählerbasis der Demokraten hinaus, wird dazu in der NYT vermerk.

(Verschiedene Quellen:

nytimes.com, 14.1.26: „*How ICE Crackdowns Set Off a Resistance in American Cities*“;
taz, 12.1.26: „*Trillerpfeifen gegen ICE-Kugeln*“;
Heilbronner Stimme, 27.1.26: „*Handy-Videos im Fokus der ICE-Proteste*“).

Donald Trump hatte im Wahlkampf 2024 viel Zuspruch für sein angekündigte Massendeportation von illegalen und straffällig gewordenen Immigranten erhalten. Darauf mag er sich gestützt haben, als er die praktische Umsetzung plante. Doch gerade diese praktische Umsetzung, die in Minneapolis zur Tötung von zwei amerikanischen Bürgern führte, zeigte vielen Leuten, wozu sie Trump ermächtigt hatten. Die Aussage „wir begrüßen die Schließung der Südgrenze, aber die Deportationen sind überzogen“ war später immer wieder zu hören.

Zwei amerikanische Bürger wurden von ICE erschossen – Die Administration musste am Ende klein begeben

Die im Dezember 2025 von Donald Trump gegen das von Demokraten regierte Minneapolis angeordnete „Operation Metro Surge“ enthielt von Anfang an all jene Bestandteile, die am Ende in eine Katastrophe führten:

- Da war ein Präsident, der – von Narzissmus getrieben – sich für einen der größten Präsidenten in der US-Geschichte hält. Donald Trump sieht sich durch den Wahlsieg als über der Verfassung stehend. Bedenken und Widerspruch aus seinem Beraterkreis mag er nicht.
- Da war ein von seinem Stellvertretenden Stabschef und engem Berater Stephen Miller ausgearbeiteter Plan, der die größten Massendeportation illegal eingewanderter Migranten in der Geschichte der Vereinigten Staaten werden sollte. Die Vorgabe Millers war, täglich 3.000 Menschen zu verhaften. Die Zahl der ICE-Agenten wurde dazu auf 22.000 erhöht und damit mehr als verdoppelt.
- Da war Kristi Noem, die Ministerin des Department of Homeland Security, die – wie alle anderen Ministerinnen und Minister der zweiten Trump-Amtszeit – vor allem auf Grund ihrer absoluten Loyalität zu Trump in ihr Amt berufen worden war.
- Und da waren zunächst 2.000, später 3.000 meist nur kurz und ungenügend ausgebildete Beamte von ICE und der Grenzschutzbehörde, geführt von Gregory Bovino, der wegen seiner Einsatztaktiken und seines rigorosen Auftretens – bekleidet mit einem langen Mantel und einem Kurzhaarschnitt, der ihm das Aussehen eines deutschen Generals im Zweiten Weltkrieg gaben – scharf kritisiert wurde.

Bovino war einer der ersten, der nach dem Tod von Alex Pretti Informationen verbreitete, die sich später als falsch herausstellten. Karoline Leavitt, die Pressesprecherin des Weißen Hauses, hatte ihn zunächst als „großartigen Profi“ beschrieben, „der die Customs and Border Patrol“ des Landes weiterhin führen wird. Doch nachdem viele Videos über den Hergang der Erschießungen von Renee Good und Alex Pretti öffentlich wurden, kam es anders. Nach diesen beiden Tötungen tauchte ein Video von Juni 2025 auf, das Bovino bei der Einweisung seiner „Truppen“ in Los Angeles zeigte: „Verhaftet so viele Menschen wie ihr wollt, die euch in die Quere kommen. Dies ist der generelle Auftrag von ganz oben ... Es geht jetzt nur noch um uns. Es geht nicht um jene“; (*nytimes.com*, 29.1.26: „A video shows Gregory Bovino’s orders to agents in the L.A. raids: ‘It’s all about us now’“).

Zwei amerikanische Staatsbürger wurden im Januar 2026 bei ICE-Aktionen in Minneapolis erschossen:

Renée Nicole Good (37), Mutter von drei Kindern;
sie schrieb in ihrer Schulzeit Gedichte und wurde dafür mit dem Academy of American Poets Prize ausgezeichnet.

+ 7.1.26

Alex Jeffrey Pretti (37), Krankenpfleger auf der Intensivstation des Veterans Hospital In Minneapolis;

Er liebte die Natur und war oft mit dem Fahrrad unterwegs.

+ 24.1.26

Erschreckend waren die ersten Stellungnahmen aus der Trump-Administration, jeweils kurze Zeit nach den Tötungen. Wie nach den Vorgaben eines Regiebuchs beschimpfte zunächst der Präsident, dann die Ministerin Kristi Noem und danach weitere Offizielle die beiden Opfer auf üble Weise und stellten in beiden Fällen die Tötungen als Notwehr der Schützen dar.

Noch am 7.1. – dem Tag der Tötung von Renee Good – veröffentlichte der Präsident sein Verdikt auf Truth Social: Die Fahrerin (Renee Good) „war sehr widerborstig und leistete Widerstand“. Sie überfuhr „gewalttätig und absichtlich“ den ICE-Beamten, der „so schien es, zur Selbstverteidigung geschossen hat.“ Der Beamte hatte nach Trumps Ansicht Glück und ist noch am Leben. „Sie hat nicht nur versucht, ihn zu überfahren, sie hat ihn überfahren“ – „she ran him over“, bekräftigte Trump.

Kristi Noem, die Homeland Security- Ministerin lieferte bei einer Pressekonferenz in Texas eine ähnliche Version: „Es war ein Akt von inländischem Terrorismus. Die Frau hat versucht, die Beamten mit ihrem Fahrzeug zu überfahren. Der Beamte hat rasch und defensiv geschossen, um sich und die Umstehenden zu verteidigen.“

Auch Vizepräsident JD Vance hieb in dieselbe Kerbe. Er bezeichnete Journalisten, die darauf hinwiesen, dass Renee Good die ICE-Beamten nicht in Gefahr gebracht hat, als „Propaganda-Agenten vom radikalen Rand.“ Tricia McLaughlin, die Sprecherin des DHS, verteidigte am 8.1.26 den ICE-Einsatz in Minneapolis und verwies auf die Verhaftung von Männern, die sich illegal im Land aufhielten und straffällig geworden seien. In Minneapolis seien (bis dato) im Rahmen der „Operation Metro Surge“ mehr als 1.500 Menschen verhaftet worden. „Allein gestern hat ICE Pädophile, Vergewaltiger und Drogendealer verhaftet.“

Eilmeldung:

Am 17.2.26 meldete das Polit-Magazin „Politico“, dass Tricia McLaughlin, die Sprecherin des Department of Homeland Security (DHS), dem Kristi Noem als Ministerin vorsteht, Ende Februar ihren Arbeitsplatz räumen wird. McLaughlin ist eine der heftigsten Verteidigerinnen der Migrationspolitik der Trump-Administration, insbesondere der geplanten Massendeportationen. Sie hat Journalisten, die dazu kritische Fragen stellten, wiederholt aggressiv zurückgewiesen, und sie war nach der Tötung von Renee Good – so wie ihre Chefin Kristi Noem – sofort dabei, das Opfer mit dem Vorwurf des „inländischen Terrorismus“ zu belegen. Entsprechend deutlich kommentierten Opponenten nun das Ausscheiden von Tricia McLaughlin aus dem Ministerium.

Hakeem Jeffris, der Vorsitzende der Fraktion der Demokraten im Repräsentantenhaus sagte, „Noch eine MAGA-Extremistin wurde zum Verlassen des DHS gezwungen, als nächstes ist Noem dran.“ JB Pritzker, der demokratische Gouverneur von Illinois, bezeichnete McLaughlin als „pathologische Lügnerin“. Dagegen war Donald Trump voll des Lobes für die „wunderbare Tricia McLaughlin“: „Tricia kennt wirklich ihr Aufgabengebiet.“

Informationen zu den Gründen des Ausscheidens sind nicht bekannt. Die Zeitung „Cincinnati Enquirer“ schrieb, dass weder McLaughlin noch die Administration Gründe dafür genannt haben. Die New York Times meldete, dass McLaughlin und ihre Familie in letzter Zeit wiederholt Drohbotschaften erhalten hat.

(Quellen:

politico.com, 17.2.26: „DHS spokesperson to leave Trump administration amid agency turmoil“;

nytimes.com, 17.2.26: „Tricia McLaughlin Is Stepping Down as Home Security Spokeswoman“;

cincinnati.com, 17.2.26: „Tricia McLaughlin leaving ‚meat grinder‘ Trump admin job with DHS, ICE“).

Besonders hartnäckig hielt Kristi Noem an der amtlichen Linie der „Selbstverteidigung“ fest, selbst, nachdem eine Reihe von Videos dies ernsthaft in Zweifel zog. Durch all diese Videos konnten die Experten der New York Times Schritt für Schritt nachvollziehen und belegen, dass der Todesschütze nicht überfahren wurde, wie Trump dies behauptet hatte, sondern dass es vor den Schüssen eine Lücke zwischen dem Pkw und dem Schützen gab. Deutlich wurde aber auch, dass sich der Schütze selbst in eine gefährliche Position unmittelbar neben dem Pkw gebracht hatte.

Die Tötung von Renee Good am 7.1.26, die unmittelbar danach von der Administration veröffentlichte Behauptung, der Schütze habe in Selbstverteidigung geschossen und die Beschimpfung der Getöteten erhöhten die Spannungen in Minneapolis. Am Tag nach der Tötung gab es in der Nähe des Bundesgebäudes, in dem ICE Quartier bezogen hat, sowie in der Gegend der Tötung, größere Demonstrationen gegen ICE. Die Trump-Administration kündigte an, 1.000 weitere ICE-Beamte nach Minnesota zu schicken und damit die laufende „Operation Metro Surge“ auszuweiten. Zu erhöhten Spannungen zwischen der örtlichen Administration und dem Bund trugen weitere Entscheidungen in Washington bei:

- Die örtlichen Behörden wurden bei der anstehenden Untersuchung des Todes von Renee Good nicht zugezogen;
- Staatsanwälte, die das Fahrzeug von Renee Good routinemäßig untersuchen wollten, wurden von Washington zurückgepfiffen. Stattdessen wurden sie angewiesen, zu untersuchen, ob der Todesschütze zuvor von Renee Good beleidigt worden war. Später erteilte die FBI-Zentrale den Auftrag, zu untersuchen, ob Renee Good und ihre Partnerin mit den Protestierenden gegen ICE in Verbindung standen. Offenbar ging es dabei darum, eine etwaige Schuld von den Bundesbeamten auf jene Gruppe

abzuwählen, die seitens der Administration zuvor als „inländische Terroristen“ bezeichnet worden war.

- Dieser „von oben“ angeordnete Wechsel der Untersuchungsschwerpunkte führte dazu, dass am 13.1.26 sechs Staatsanwälte zurücktraten.
Kurz darauf gab es angesichts dieser verworrenen Untersuchungsaufträge auch beim FBI in Minneapolis einen weiteren Rücktritt. Tracee Mergen, die Supervisorin im FBI-Field Office wollte wie in solchen Fällen üblich, den Todesschützen untersuchen. Auch sie wurde von Washington angewiesen, diese Untersuchung einzustellen.
- Am 7.1.26 berichtete die New York Times, dass die Tötung von Renee Good der neunte Zwischenfall mit Schusswaffen seit September 2025 bei ICE-Einsätzen war. Ein Tag später, am 8.1.26 wurden in Portland, Oregon bei einer Fahrzeugkontrolle zwei Weitere Personen angeschossen.

ICE und die „Operation Metro Surge“ geriet mehr und mehr in Verruf. In Washington begann eine Diskussion über die Qualität der Ausbildung der ICE-Beamten, an der sich auch Republikaner beteiligten.

(Quellen:

Wikipedia; Stichwort „Tötung von Renée Good“; Stand: 18.1.26;

nytimes.com, 7.1.26: „Video of ICE Shooting Becomes a Political Rorschach Test;

nytimes.com, 7.1.26: „Deadly Minneapolis Encounter Is the 9th ICE Shooting Since September“;

nytimes.com, 8.1.26: „More Agents Head to Minnesota as U.S. Takes Over Shooting Investigation

nytimes.com, 8.1.26: „Federal Agents Shoot 2 During Traffic Stop in Portland, Ore.“;

nytimes.com, 12.1.26: „Trump Officials Are Sending 1.000 More Immigration Officers to Minnesota“;

nytimes.com, 12.1.26: „F.B.I. Inquiry Into ICE Shooting Is Examining Victim’s Possible Ties to Activist Groups“;

nytimes.com, 13.1.26: „Six Prosecutors Quit Over Push to Investigate ICE Shooting Victim’s Widow“;

nytimes.com, 15.1.26: „Video Analysis of ICE Shooting Sheds Light on Contested Moments“;

politico.com, 15.1.26: „Push for greater ICE training grows on some Republicans“;

nytimes.com, 23.1.26: „F.B.I. Agent Who Tried to Investigate ICE Officer in Shooting Resigns“;

sueddeutsche.de, 25.1.26: Peter Burghardt: „Der Kampf um Amerika“;

nytimes.com, 29.1.26: „Justice Dept. Playbook in Minnesota: Investigate Foes, Protect Allies“;

nytimes.com, 7.2.26: „Prosecutors Began Investigating Renee Good’s Killing. Washington Told Them to Stop“;

nytimes.com, 20.2.26: „A Fatal ICE Shooting Occured in Texas Months Before Renee Good’s Killing“).

Die Erschießung des Krankenpflegers Alex Pretti brachte das ICE-Fass zum Überlaufen

„Tödliche Schüsse erschüttern Minneapolis – schon wieder“ überschrieb die Süddeutsche Zeitung ihren Bericht über die Tötung von Alex Pretti am 24.1.26 durch Beamte von ICE; „und die Reaktionen sind ähnlich wie im Fall Renée Nicole Good.“ Dies war der zweite Fall dieser Art in Minneapolis, der größten Stadt Minnesotas. Doch war es auch der zweite Tötungsfall bei einem ICE-Einsatz?

Am 20.2.26 meldete die New York Times einen tödlichen Zwischenfall, der sich bereits am 15.3.25 in South Padre Island in Texas zugetragen hatte, als lang vor der Tötung von Renee Good in Minneapolis, am 7.1.26. Der 23 Jahre alte amerikanische Staatsbürger Ruben Ray Martinez war erschossen worden, nachdem er der Aufforderung eines Grenzschutzbeamten, sein Fahrzeug zu verlassen, nicht gefolgt war. ICE hatte den Fall damals nicht veröffentlicht. Im Bericht von ICE war vermerkt, Martinez habe bei einer Verkehrskontrolle nicht sofort angehalten und einen Beamten angefahren. Daraufhin habe ein anderer Beamter mehrmals durch die Autoscheibe auf der Fahrerseite geschossen. Martinez ist im Krankenhaus verstorben.

Zwei Dinge decken sich mit dem, was bei den Tötungen in Minneapolis geschah. Auch beim Fall in Texas machte ICE Notwehr geltend und auch im Texas-Fall deckten sich die Aussagen von Augenzeugen nicht mit dem amtlichen Bericht. Die Untersuchung des Falles durch die zuständige Stelle der Texas Rangers ist noch im Gang. Informationen über Einzelheiten erhielt die New York Times nicht; (*nytimes.com*, 202.26: „*A Fatal ICE Shooting Occured in Texas Months Before Renee Good's Killing*“).

Neue Erkenntnisse im Tötungsfall Martinez in Texas im März 2025

Am 12.3.26, nahezu ein Jahr nach dem Vorfall in South Padre Island in Texas, haben die Texas Rangers ihren Untersuchungsbericht veröffentlicht. Ruben Ray Martinez (23) wurde am 15.3.25 bei einer Kontrolle am Ort eines schweren Verkehrsunfalls (an dem Martinez nicht beteiligt war) von einem der ICE-Behörde unterstellten Agenten aus nächster Nähe durch das offene Autofenster auf der Fahrerseite erschossen. Eine Grand Jury war eingeschaltet worden, hat jedoch gegen den Schützen keine Anklage erhoben. Der gesamte Ablauf in jener Nacht konnte nur lückenhaft rekonstruiert werden, da die Körperkameras der Agenten nicht zuverlässig arbeiteten und eine der Kameras sogar fehlte. Beim Zusammenschnitt der Aufzeichnungen war eine Lücke von 8 Sekunden vorhanden. Aus dem Bericht der NYT ist zu entnehmen, dass am Ort des Geschehens Stress und Durcheinander herrschte. Es waren Beamte von drei unterschiedlichen Behörden im Einsatz. Bei der Kontrolle von Martinez riefen sie ihm gegensätzliche Befehle zu. „Rechts ranfahren!“, „Weiterfahren!“; „Haltet ihn auf!“ ICE verweist darauf, dass keine Anklage erhoben wurde. Der Anwalt der Familie Martinez sagte, dass das vorhandene Material keine Rechtfertigung für die Tötung ergibt. „Das Auto hat sich kaum bewegt, als Martinez erschossen wurde. Der Schütze selbst war nicht in

Gefahr“; (*nytimes.com*, 12.3.26: „*Videos of ICE Shooting in Texas Capture a Confused and Fatal Encounter*“).

Zweifelhaft Angaben in amtlichen Berichten und Stellungnahmen sowie die Rechtfertigung des tödlichen Gebrauchs der Schusswaffe mit „Selbstverteidigung“ waren nicht erst bei den Todesfällen in Minneapolis, sondern bereits im März 2025 beim Texas-Fall festzustellen. Und wie im Fall Good gingen auch nach der Tötung von Alex Pretti Vertreter der Administration mit Aussagen an die Öffentlichkeit, noch ehe es irgendwelche Untersuchungsergebnisse gab. Das Department of Homeland Security erklärte noch am 24.1.26 – dem Tag des Vorfalls – Alex Pretti habe sich mit einer 9 mm Handfeuerwaffe den Grenzschutzbeamten genähert und die hätten versucht, ihn zu entwaffnen. Gregory Bovino, der Kommandeur der „Operation Metro Surge“ in Minneapolis sagte, Pretti wollte „maximalen Schaden“ anrichten, und die DHS-Ministerin Kristi Noem bezeichnete Pretti in einer Pressekonferenz als „inländischen Terroristen“.

Präsident Trump versuchte, die erneute Tötung eines amerikanischen Staatsbürgers anderen anzuhängen: Der Bürgermeister und der Gouverneur „stachelten mit ihrer gefährlichen und arroganten Rhetorik zum Aufstand an. „Lasst unsere ICE-Patrioten ihre Arbeit tun.“ Zu Trumps Beitrag auf Truth Social war eine Waffe abgebildet. Dies sei „die Waffe des „Gun Man“, geladen, mit zwei zusätzlichen vollen Magazinen und entschert.“

Doch wieder – wie nach der Erschießung von Renee Good am 7.1.26 – zeigten Videos, dass Alex Pretti keine Waffe, sondern ein Smartphone in der Hand hielt und die Szene filmte. Mehrere Zeugen, die zur Unterstützung einer Klage der American Civil Liberties Union aussagten, haben dies bestätigt: „I didn’t see him reach for or hold a gun“ – „Ich habe nicht gesehen, dass er nach einer Waffe griff oder eine Waffe in der Hand hielt.“ Alex Pretti trug zwar eine Waffe bei sich und dazu teilte der Polizeichef von Minneapolis mit, dass Pretti einen Waffenschein besaß und keine Vorstrafen hatte, Doch er hatte die Waffe nie in der Hand.

Aus Pressebericht, Zeugenaussagen und Videos lässt sich folgendes Geschehen unmittelbar vor der Tötung rekonstruieren: „Der Mann, der filmte blieb auf der Straße, während andere Beobachter von einem ICE-Agenten mit Pfefferspray abgedrängt wurden.... Eine Person (eine Frau), wurde zu Boden geworfen Der Mann, der zuvor gefilmt hatte, versuchte der Person (der Frau) zu helfen ... Die Beamten zogen den Mann zu Boden Ich sah nicht, dass er einen der Beamten berührte, er bewegte sich nicht in ihre Richtung. Es sah nicht so aus, als ob er Widerstand leisten wolle, er versuchte nur, der Frau zu helfen. Ich habe ihn nicht mit einer Schusswaffe gesehen ... Vier oder fünf Agenten hielten ihn am Boden und dann begannen sie zu schießen. Sie schossen auf ihn viele Male.“

Es war eine Szene wie beim American Football. Alex Pretti lag unter einem Knäuel von Männern. Selbst wenn er dies gewollt hätte, er hätte keine Chance gehabt, seine Waffe zu ziehen und zielgerichtet zu schießen. Die Auswertung mehrerer Videos durch die New York Times ergab, dass ihm die Beamten sogar seine Waffe abgenommen hatten, ehe der erste Schuss fiel. Nachdem sich der Menschenknäuel aufgelöst hatte, lag ein regloser Körper ausgestreckt auf dem Boden, auf den einer der Beamten noch schoss.

(Quellen:

nytimes.com, 24./27.1.26: „*What We Know About a Second Fatal Shooting by Federal Agents in Minneapolis*“;

nytimes.com, 24./25.1.26: „*In Court Filings, Witnesses Describe Fatal Minneapolis Shooting of Alex Pretti*“;

nytimes.com, 25.1.26: „*Minneapolis Live Updates: Videos Appear to Contradict Federal Account of Killing*“;

suededutsche.de, 25.1.26: „*Tödliche Schüsse erschüttern Minneapolis – schon wieder*“).

In Minneapolis: Zwei Tote und hunderte kleine Zwischenfälle

Die Tötung von Renee Good und Alex Pretti hat die Situation in Minneapolis zum Überkochen gebracht und wurde in den Medien ausführlich beschrieben. Doch neben den beiden spektakulären Todesfällen gab es in den Wochen zuvor, seit Beginn der „Operation Metro Surge“, in Minneapolis hunderte von „kleinen Zwischenfällen“: Jagdszenen auf offener Straße, Verkehrskontrollen durch ICE-Männer, Rempelen und Handgemenge zwischen verummten ICE-Agenten und Demonstranten, Feuerwerkskörper und Schneebälle von der einen und Tränengas von der anderen Seite.

Jacob Frey, der Bürgermeister der Stadt, beschrieb die Situation Mitte Januar 2026 wie folgt: „Dies ist eine unmögliche Situation, in die unsere Stadt gebracht wurde. Wir versuchen gleichzeitig, einen Weg zu finden, um die Sicherheit unserer Bürger zu gewährleisten, unsere Nachbarn zu schützen und die Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten.“

Die New York Times beschreibt einen Vorfall, der sich am Abend des 14.1.26 im Norden von Minneapolis abgespielt hat und bei dem ICE ebenfalls von der Waffe Gebrauch machte. Die Beschreibung zeigt, wie aufgeladen die Atmosphäre nach einem solchen Vorfall ist und wie die örtliche Polizei immer wieder ins Kreuzfeuer zwischen aufgebrachten Demonstranten und unkoordiniert agierenden ICE-Agenten gerät. Ein Beamter der Minneapolis Police über die praktische Abstimmung mit den ICE-Agenten: „Es sieht nicht so aus, als redeten sie mit uns.“

Tricia McLaughlin, zu der Zeit noch Sprecherin des DHS, schilderte den Vorfall am Abend des 14.1.26 wie folgt: Bundesagenten versuchten gegen 18:50 Uhr bei einer Verkehrskontrolle einen Mann aus Venezuela festzunehmen, der sich illegal im Land aufhält. Der Mann habe versucht zu fliehen. Als die Beamten ihn einholten, habe er Widerstand geleistet und die Beamten heftig angegriffen. Zwei Menschen aus einem nah gelegenen Haus hätten dann zusammen mit dem Gesuchten die Beamten mit einer Schneeschaufel und einem Besenstiel angegriffen. Um sein Leben fürchtend habe der ICE-Beamte geschossen und den Gesuchten ins Bein getroffen. Der Beamte und der Angeschossene seien im Krankenhaus, „die beiden anderen Angreifer seien verhaftet worden.“

Die New York Times schreibt zu dieser Schilderung, die Beschreibung der Regierung könne nicht überprüft werden. Brian O’Hara, der Polizeichef von Minneapolis erklärte, es habe

von einem Haus in der Nachbarschaft einen Notruf auf „911“ gegeben. Ein Mann sei vor Agenten in Richtung auf jenes Haus weggelaufen. Nachbarn sagten, dass die Bundesagenten die Hausbewohner aufgefordert haben, mit erhobenen Händen herauszukommen, und dass mehrere Menschen, darunter auch Kinder, herausgekommen seien.

Bürgermeister Frey sagte nach der Schießerei, es gebe noch Vieles, was unklar sei und „dies ist nicht haltbar.“ ICE solle die Stadt verlassen. „Unsere Stadt wird gegenwärtig in eine unmögliche Situation gebracht. Wir müssen gleichzeitig versuchen, unsere Bürger abzusichern, unsere Nachbarn zu schützen und die Ordnung aufrechtzuerhalten.“

Die Nachricht über die Schießerei machte in dem Wohngebiet rasch die Runde und innerhalb kurzer Zeit hatten sich mindestens 200 Personen versammelt, die teilweise Feuerwerkskörper auf die Polizei warfen und diese aufforderte, die Bundesagenten zu verhaften. Die Spannung vor Ort wurde noch verstärkt, als eine schwer bewaffnete Gruppe der Grenzpolizei in einem Militärfahrzeug eintraf. Protestierer umringten das Fahrzeug schreiend und warfen Schneebälle als die Agenten ausstiegen. Diese zogen sich schließlich zurück, warfen jedoch zuvor noch zwei Kanister Tränengas in die Menge.

Kurz danach erschienen mindestens zwei ICE-Beamte in einem neutralen SUV und sprühten den sie umringenden Protestierenden Chemikalien ins Gesicht. Einer bewarf die sich zurückziehenden Beamten mit Feuerwerkskörpern. Die örtliche Polizei benutzte ebenfalls Chemikalien gegen die Protestierer; zwei Leute wurden festgenommen und später wieder freigelassen. Ein ungekennzeichnetes Polizeifahrzeug wurde beschädigt; (*nytimes.com*, 14./15.1.26: „Federal Agent Shoots Man in Minneapolis, Prompting Tense Protest“).

Diese Schilderung zeigt die angespannte Lage in der Stadt eine Woche nach der Tötung von Renee Good. Deutlich wird dabei, wie unprofessionell, schlecht ausgebildet und zur Koordination mit der örtlichen Polizei nicht bereiten Chargen des Bundes auftraten. Und mittendrin die Minneapolis Police, die am Ende auch noch die ICE-Männer schützen musste.

Ein anderer ICE-Einsatz in St. Paul endete ebenfalls blutig. Ein Mann wurde am 8.1.26, als er festgenommen werden sollte, derart traktiert, dass er einen Schädelbruch und eine Hirnblutung erlitt. Dem gegenüber war die Version von ICE war wie folgt: Der Mann sei gegen eine Mauer gelaufen. Er selbst sagte, die Beamten hätten ihn geschlagen.

Der Betroffene, Alberto Castaneda Mondragon, war im März 2022 legal und mit einem Arbeitsvisum, in die USA eingereist. Er berichtete, dass er am 8.1. mit dem Auto eines Freundes in einem Einkaufszentrum in St. Paul war, als ihn die Beamten aus dem Wagen zogen, zu Boden warfen, Handschellen anlegten und mit den Fäusten und einem Knüppel schlugen. Im Krankenhaus gab es sofort Zweifel an der Version von ICE darüber, wie es zu den Verletzungen gekommen war.

Ein Richter hatte die Freilassung des Mannes angeordnet, und dazu vermerkt, dass die Beamten des Zollschutzes „Angaben zum großen Teil verweigert haben.“ Die Verhaftung sei ungesetzlich gewesen, da weder ein Haftbefehl vorlag noch ausreichender Verdacht

bestand, dass Mondragon ungesetzlich im Land war; (*nytimes.com*, 19.2.26: „*Police Investigate ICE Arrest of a Man Who Suffered Severe Head Injuries*“).

Dies sind Fälle, wie sie in Minneapolis und anderen Städten täglich geschahen und oft auch im Fernsehen gezeigt wurden. ICE-Beamte, in Gruppen unterwegs, stürzten sich auf Parkplätzen, vor Betrieben und in der Nähe von Schulen unvermittelt auf Menschen, die „ausländisch“ aussahen oder sich in einer anderen Sprache unterhielten. Ungenügende Ausbildung und wenig Erfahrung im Umgang mit Menschen wurden mit Brutalität „ausgeglichen“. Kein Wunder, dass die ICE-Männer, wo immer sie auftauchten und was immer sie taten, auf offene Ablehnung der Bevölkerung stießen. Trump und seine „Truppen“ haben sich mit dieser Art der Umsetzung der Migrationspolitik einen Bärenienst erwiesen.

Trump macht in Minneapolis einen Rückzieher

Donald Trump und seine loyalen Unterstützer in der Administration haben nach der Tötung von Alex Pretti erneut versucht, das Opfer zum Täter zu machen. Doch es hat nicht funktioniert. Ähnlich wie Renee Good sollte Pretti als Terrorist abgestempelt werden, doch die „amtliche Version“ des Hergangs fiel rasch in sich zusammen, als Videos den tatsächlichen Ablauf des Geschehens deutlich machten.

Die New York Times beschrieb am 1.2.26, wie der Tod von Alex Pretti zum nationalen Wendepunkt für Trump und ICE wurde: „Ms. Goods Tod rückte das Tun der Bundesagenten in Minneapolis ins nationale Blickfeld und erzeugte Proteste, Schlagzeilen und die ersten Risse in Trumps öffentlicher Glaubwürdigkeit beim Thema Immigration. Dann zirkulierte vier Tage bevor Mr. Pretti getötet wurde ein Foto: ein fünf Jahre alter Bub namens Liam Conejo Ramos, der eine blaue Häschen-Mütze und einen Schulrucksack trug, wurde in einem Teilort von Minneapolis von Bundesagenten abgeführt. Ein Kind, verhaftet mit seinem Vater, kurz nachdem es von der Schule abgeholt wurde. Dieses Bild vertiefte den Bruch.

Der Ablauf des Geschehens um Alex Pretti ließ wenig Raum für Spekulationen: „Er war zu Fuß, filmte mit dem Smartphon, half einer Frau, die zu Boden geworfen worden war. Die Administration nannte ihn „Mörder“, der beabsichtigte, Gesetzeshüter zu ermorden. „Doch viele Betrachter sahen eine Hinrichtung und keine Selbstverteidigung gegen einen „einheimischen Terroristen“. Die Deutung der Regierung brach zusammen und schließlich brachten Hinweise darauf, wer die beiden Opfer waren, den öffentlichen Meinungsumschwung: „Pretti war kein sog. „krimineller Immigrant“, den die Agenten jagten, er war ein weißer amerikanischer Staatsbürger. Er war ein Krankenpfleger auf der Intensivstation des Veteranen-Krankenhauses, wo er Veteranen versorgte... Für Menschen, die nach einer Rechtfertigung suchten, um die Behörden zu kritisieren, war Pretti genau richtig.“

Tim Walz, der Gouverneur von Minnesota, kündigte an, dass der Bundesstaat die Aufklärung im Fall Pretti selbst in die Hand nehmen werde, da der Trump-Regierung nicht zu trauen sei. „Die Besetzung Minnesotas durch die Bundesregierung hat schon lange nichts mehr mit der

Durchsetzung von Einwanderungsgesetzen zu tun. Es ist eine Kampagne organisierter Brutalität gegen die Bevölkerung unseres Bundesstaats.“ Aus einem Bericht der New York Times vom 26.1., der am 28.1. fortgeschrieben worden war, wird deutlich, in welche argumentative Sachgasse sich die Administration – insbesondere Stephen Miller, der stv. Stabschef im Weißen Haus und Kristi Noem, die DHS-Ministerin – mit der frühen und unbewiesenen Festlegung manövriert hatten, als sie Alex Pretti umgehend als „einheimischen Terrorist“ der mit einer Schusswaffe „drohte“ beschrieben hatten. Die beiden erfahrenen NYT-Journalisten Luke Broadwater und David E. Sanger beschrieben dieses Dilemma wie folgt:

„Den Beamten im Weißen Haus war durchaus klar, dass die zweite Tötung eines amerikanischen Staatsbürgers, der gegen die Anwesenheit der Immigrations- und Zolleinheiten in Minnesota protestierte, eine der ernstesten Bedrohungen für Mr. Trump seit seiner Amtseinführung vor etwas mehr als einem Jahr bedeutet. Allerdings schienen sie wie angewurzelt und nicht willens, die Statements von Mr. Miller und Ms. Noem zurückzunehmen, die häufig in der Administration wiederholt worden waren. So wurde Ms. Leavitt (die Regierungssprecherin) vorgeschickt mit der Erklärung, „wir werden die Fakten sprechen lassen und wir werden abwarten, was die Untersuchungen ergeben.“ Diese lieferten keine Beweise für die Behauptungen der beiden Offiziellen, die zum Gesicht für Mr. Trumps Anstrengungen geworden waren, illegale Immigranten zu deportieren. Und während Ms. Leavitt es vermied, den beiden Offiziellen zu widersprechen, behauptete sie gegenüber Reportern, „niemand im Weißen Haus, Präsident Trump eingeschlossen, möchte mit ansehen, wie Menschen auf amerikanischen Straßen verletzt oder getötet werden.“ Allerdings weigerte sie sich auch, den Angriff auf Mr. Pretti zu verteidigen. Karoline Leavitt betonte, sie spreche ausdrücklich für den Präsidenten, der gesagt habe, er wolle die Untersuchung weiterführen und die Fakten für sich sprechen lassen. Im Grunde wurde ein „Eiertanz“ aufgeführt, der zeigte, dass Trump noch unschlüssig über die nächsten Schritte in der Sache Pretti war.

Am Abend des 26.1.26 fand auf Wunsch von Kristi Noem im Weißen Haus ein längeres Gespräch mit Trump statt, an dem außer Corey Lewandowski, Noems oberster Berater, seitens des Weißen Hauses die Top-Berater Susie Wiles (die Stabschefin), Karoline Leavitt, Stephen Miller und Steven Cheung (Kommunikationsdirektor im Weißen Haus) teilnahmen. Eine hochkarätige Runde – es gab bereits Gerüchte, dass Kristi Noem ihren Ministerposten verlieren könnte. Doch darüber wurde in dieser Runde offenbar nicht gesprochen. Das Weiße Haus bemühte sich noch zwei weitere Tage um eine Entscheidung. Ein Zeichen dafür, dass der Ernst der Lage klar geworden war, war doch die „Massendeportation von illegalen Immigranten“ einer der Schwerpunkte in Trumps Wahlkampf gewesen.

Durch das ICE-Auftreten in Minneapolis wurden die Demokraten in ihrer Kritik bestärkt, und einzelne Republikaner begannen, eine faire Untersuchung der Tötungen zu fordern. Noch bewahrte die Führungsriege im Senat und im Repräsentantenhaus – John Thune, der Mehrheitsführer im Senat und Mike Johnson, der Speaker of the House – Ruhe. Doch der Senator Bill Cassidy, Republikaner aus Louisiana, ein Kritiker Trumps, der in den Vorwahlen der Republikaner einen von Trump unterstützten Konkurrenten gegen sich hatte, bezeichnete Alex Prettis Tötung als äußerst beunruhigend und forderte eine gemeinsame und vollständige Untersuchung durch den Bund und den Bundesstaat Minnesota. Der

republikanische Kongressabgeordnete James Comer aus Kentucky, ein strammer Verbündeter des Präsidenten, sprach in einem Interview mit Fox News darüber, dass Bundesagenten unschuldige Menschen töten. Trump solle erwägen, ICE aus Minneapolis abzuziehen und andernorts einzusetzen.

Schließlich hat Trump einen taktischen Rückzug in mehreren Schritten angeordnet. Nicht überraschend war dabei die Entfernung von Gregory Bovino, dem Kommandanten der „Operation Metro Surge“ in Minnesota, der allein durch sein martialisches Auftreten zum Gesicht der Brutalität von ICE wurde. Merkwürdig erschien dabei auf den ersten Blick, dass Trump zwar der umstrittenen Ministerin Kristi Noem die Zuständigkeit über das Geschehen in Minneapolis und Minnesota entzog und den „Border Czar“ (Grenzbeauftragten) Tom Homan als seinen persönlichen Vertreter nach Minneapolis beordnete. Der USA-Korrespondent der Heilbronner Stimme, Thomas Spang, bescheinigte zwar Homan ein zivileres Auftreten als Bovino, doch „ein Softie ist Homan deshalb nicht.“ Offenbar will Trump künftig in Minneapolis kein Aufsehen erregenden Menschenjagden, sondern ein gezielteres Vorgehen von ICE. Thomas Spang schreibt dazu in der Heilbronner Stimme: „Analysten zufolge wäre es falsch, Homans Entsendung als Sinneswandel Trumps zu deuten, auch wenn einige ICE-Leute abgezogen werden sollen.“ Es sei vielmehr ein taktisches Zugeständnis auf die massiven Proteste, die innerparteiliche Kritik und auf sinkende Umfragewerte. Tatsächlich kündigte der neue starke ICE-Mann am 4.2.26 an, 700 Bundesagenten sofort aus Minnesota abzuziehen und damit den ursprünglichen Stand von rd. 2.000 Mann wieder zu erreichen. Homan betonte, der Präsident werde die Massendeportationen fortführen. Durch die bisherigen Operationen in Minnesota sei ein „sichereres Umfeld“ für die Beamten entstanden, um weitere Verhaftungen von illegalen Immigranten durchzuführen. Den vielfältigen Druck auf die Administration nach der Tötung von Renee Good und Alex Pretti erwähnt Homan nicht.

Bürgermeister Jacob Frey bezeichnete die Reduzierung der Truppenstärke von ICE als „einen Schritt in die richtige Richtung“, es sei jedoch keine Deeskalation. Die „Operation Metro Surge“ sei eine Katastrophe für die Wirtschaft und die Bewohner der Stadt und müsse sofort aufhören.

Zum Stand Mitte Februar 2026 hatten mehr als 1.000 Bundesagenten Minnesota verlassen und laut Homan sollen weitere folgen. Allerdings hat sich in Bezirken mit hohem Migrantenanteil wenig geändert. Am 4.2.26 sei – so berichtete Brenda Lewis von der Schulaufsichtsbehörde im nahe Minneapolis gelegenen Fridley „die Hölle losgebrochen. Sechs ICE-Fahrzeuge seien vor der Grundschule auf- und abgefahren und ein Mitglied des Schulbeirats sei ab dem Verlassen ihrer Wohnung verfolgt worden. Zum Ende der Schule hätten sich die Agenten erneut in der Nähe der Schule aufgehalten. Die Schulbezirke Fridley und Duluth (im Norden von Minnesota) haben eine Klage gegen die Bundesregierung eingereicht, um die ungesetzlichen Kontrollen an Schulen und Bus-Haltestellen zu unterbinden. In vielen Schulen in Minneapolis und St. Paul sind die Klassenzimmer dünn besetzt, weil die Eltern auf Online-Lernen umgestellt haben. Und dazu steht ein erschütternder Satz in einem Bericht der New York Times, der die Zustände in USA beleuchtet: „Andere Eltern sind dazu übergegangen, ihre Kinder mit einem Pass um den Hals zur Schule zu schicken.“

(Quellen:

nytimes.com, 26.1.26: „Trump Holds 2-Hour Meeting With Noem Amid Backlash to Minneapolis Shooting“;
nytimes.com, 26./28.1.26: „Crackdown Chief to Leave Minneapolis as White House Distances Trump From Uproar“;
sueddeutsche.de, 27.1.26: „Kristi Noem – Sie ist das Gesicht von Trumps gnadenloser Einwanderungspolitik“;
Heilbronner Stimme, 28.1.26: „Ein Hardliner ersetzt den anderen“;
nytimes.com, 1.2.26: „How Alex Pretti’s Death Became a National Tipping Point“;
nytimes.com, 4.2.26: „Homan says D.H.S. is pulling 700 officers out of Minneapolis“;
Heilbronner Stimme, 5.2.26: „ICE-Beamte werden reduziert“;
nytimes.com, 5.2.26: „Hundreds of Agents Left Minnesota, but Residents Are Seeing Little Change“;
sueddeutsche.de, 12.2.26: „Grenz-Zar“ Homan kündigt Ende des ICE-Einsatzes in Minnesota an“).

Minnesota – Eine Niederlage für Trump?

Der Journalist Jamelle Bouie hat am 28.1.26 in seiner NYT-Kolumne die Auswirkungen der „Operation Metro Surge“ in Minnesota und insbesondere in Minneapolis untersucht und kommt angesichts des auf halber Strecke erfolgten Rückzugs der Administration zu dem Schluss: „ICE und CBP (Zoll und Grenzschutz) bewegen sich zwar noch immer auf den Straßen und Trumps autoritäre Bestrebungen wurden nicht schwächer. Betrachtet man jedoch die Trümmer von „Operation Metro Surge“ – jene krachende Niederlage dieser reaktionären Administration durch eine weitere Truppe zäher Nordländer (Bouie zieht hier eine Verbindungslinie zwischen den Nordländern auf Grönland in in Minnesota) – sieht es für mich aus wie MAGAs Gettysburg.“ Jamelle Bouie vergleicht Trumps Rückzug der „Action Metro Surge“, die auch ein Rachefeldzug gegen einen von den Demokraten regierten Bundesstaat war, mit der entscheidenden Niederlage der abtrünnigen amerikanischen Südstaaten in der Schlacht vor Gettysburg im Juli 1863. Gettysburg wird im Amerikanischen Bürgerkrieg – ähnlich wie Stalingrad im II. Weltkrieg – als Wendepunkt im jeweiligen Kriegsgeschehen gesehen.

Jede Schülerin und jeder Schüler in Amerika kennt die berühmten letzten Sätze der „Gettysburg Address“, jener großartigen Rede, die der Präsident Abraham Lincoln am 29.11.1863 bei der Einweihung des Nationalfriedhofs in Gettysburg gehalten hat:

„That this nation, under God, shall have a new birth of freedom – and that government of the people, by the people, for the people, shall not perish from the earth.“

„Dass diese Nation, unter Gott, eine Wiedergeburt der Freiheit erleben soll – und dass die Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk, nicht von der Erde verschwinden möge.“ (Deutsche Übersetzung nach Wikipedia).

Mir scheint, diese Mahnung Abraham Lincolns ist heute aktueller denn je.

Bouie schreibt zur gegenwärtigen Entwicklung in Minneapolis:

„Nach der Tötung von Renee Good am 7. Januar war klar, dass die „Operation Metro Surge“ – Trumps vorgeschobener Schlag gegen Immigranten in Minnesota – ein Fehlschlag war. Weit entfernt davon, die Menschen in Minneapolis einzuschüchtern, verstärkte der Tod von Good durch die Hand eines ICE-Beamten, ihre Entschlossenheit und veranlasste noch mehr Minnesotans, in den Kampf gegen die verummten Paramilitärs des Präsidenten einzutreten. Ein weniger fanatisches Weißes Haus hätte den Augenblick genützt, den taktischen Rückzug anzutreten und angesichts des starken Widerstands den Angriff neu zu justieren. Doch die Immigrationspolitik der gegenwärtigen Trump-Administration wird von unnachgiebigen Ideologen bestimmt. Sie reagierten auf Goods Tod mit Beleidigungen, Verleumdungen und der Ankündigung weiterer Unterdrückung.“

Jamelle Bouie zitiert im Zusammenhang mit der Ankündigung des Abzugs des Kommandanten Gregory Bovino und weiterer Beamter den Präsidenten mit der angesichts des Todes zweier amerikanischer Staatsbürger zynisch klingenden Aussage: „Wir haben und sie haben einen phänomenalen Job gemacht.“ Dazu Jamelle Bouie: „Es war nicht nur eine Niederlage, es war ein ungeordneter Rückzug.“

Dies mag eine auf den Augenblick ausgerichtete Folgerung sein, doch in der New York Times beschreibt in einem weiteren Bericht, wie sehr die Administration beim Thema Immigration in die Defensive geraten ist. Ein Thema, das bei den Republikanern lange Zeit als besondere Stärke galt. Ein Beispiel dafür ist der Rückzug des republikanischen Bewerbers Chris Madel aus dem Rennen um das Amt des Gouverneurs von Minnesota. Madel protestierte damit gegen die ICE-Aktionen des Bundes in Minnesota und klagte, Trump und die Republikaner auf Bundesebene machten es „wirklich unmöglich“, sich für die Partei einzusetzen. „Dies hat sehr wenig zu tun mit der allgemeinen Politik, aber sehr viel damit, am Gouverneur und den Bürgern von Minnesota Vergeltung zu üben. Das ganze Vorhaben war eine absolute Katastrophe.“ Offenbar habe die Führung der GOP nicht registriert, das sich in den letzten Wochen manche Republikaner ganz langsam von der Trump'schen Immigrations-Agenda abgewandt haben, wird in der NYT vorsichtig formuliert. Und – offenbar „oben“ immer noch nicht beachtet – warnen einzelne republikanische Kongressabgeordnete, dass die Demokraten von den Fehlern der ICE-Aktionen positiv profitieren könnten.

Senator Ron Johnson aus Wisconsin – ein eifriger Trump-Unterstützer – scheint die kritische Stimmung in Teilen der GOP zu ahnen und ging am 12.2.26 in die Offensiver. Jedoch nicht etwa gegen die Fehler bei der „Operation Metro Surge“ sondern gegen die Demokraten: „Dies ist ein qualifizierter, organisierter und äußerst koordinierter Widerstand, und er ist sehr effektiv. Die Leute sind sehr erfolgreich. Sie nützen und schlachten ihre Märtyrer aus und die Trump-Administration muss darauf reagieren.“ Doch auch bei Johnson kommt bei diesem Thema die neue Vorsicht ins Spiel. Er schlägt vor, die Immigrations- und Zollbehörde solle ihre Ressourcen besser in den Städten und Bundesstaaten einsetzen, deren Führung und Bevölkerung bereit sind, mit den Deportationsbemühungen zu kooperieren und weniger protestieren. Ob Senator Johnson dabei auch an republikanisch regierte Städte und Bundesstaaten gedacht hat, sagte er nicht. Und ob die ICE-Männer andernorts mehr

Zustimmung finden würden als in Minneapolis, ist zu bezweifeln. Das brutale Auftreten von ICE und nicht zuletzt die zwei getöteten US-Bürger haben das Vertrauen in ICE und in die Erklärungen der Administration gründlich zerstört. Der Bovino-Stil wäre nirgendwo willkommen.

Neue Umfragezahlen zeigen, dass 68 % der Amerikaner sagen, dass Trump falsche Prioritäten gesetzt hat. Im Februar 2025 sagten „nur“ 55 %, dass Trump die falschen Dinge anpacke. Der Einbruch geschah vor allem bei jüngeren Wählerinnen und Wählern, bei Unabhängigen und bei nicht-weißen Wählerinnen und Wählern.

Wie wird die „Operation Metro Surge“ beurteilt?

Wie nicht anders zu erwarten war, sind die Beurteilungen der Administration anders als die des Bundesstaats Minnesota oder der Stadt Minneapolis. Tom Homan, Trumps Berater für Grenzfragen – „Border Czar“ genannt – stellte fest: „Die Twin Cities (Minneapolis und St. Paul) sind im Allgemeinen und werden auch künftig Dank dessen, was unter Präsident Trumps Leitung erreicht wurde, sehr viel sicherer für die Bevölkerung sein.“ Es sei ein zuvor nie dagewesenes Maß an Zusammenarbeit der Ordnungshüter erreicht worden.

Von der Zentrale des Gouverneurs wird dies bezweifelt und von der Dienststelle des Sheriffs von Hennepin County, die auch Minneapolis umfasst, wird mitgeteilt, dass die Abläufe sich gegenüber bisher nicht geändert haben. Hennepin County war der einzige Bezirk in Minnesota, der die Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden abgelehnt hatte.

Wie die New York Times berichtet, meldete die Administration „ein paar Tausend Verhaftungen“ – angesichts der langen Dauer der Operation (von Dezember 2025 – Februar 2026) und der zeitweilig eingesetzten 3.000 Agenten keine überwältigende Leistung. Der angerichtete Schaden, nicht zuletzt angesichts der zwei getöteten US-Bürger, ist unverhältnismäßig größer.

Gouverneur Walz erklärte, dass die Bundesbehörden die Truppenzahl reduziert haben und angesichts des politischen Schadens, den sie erlitten, noch weiter reduziert werden. „Es gibt überhaupt keinen Grund, ICE-Agenten in Minnesota zu lassen; sie versuchen jetzt, das Gesicht zu wahren.“

Beim immer wieder genannten Stichwort „Kooperation“ geht es u.a. darum, straffällig gewordene unregistrierte Immigranten nach der Verbüßung einer Haftstrafe nicht einfach aus dem Gefängnis zu entlassen, sondern sie ICE zur Deportation zu überstellen. Offenbar gab es dazu bisher keine einheitlichen Regelungen zwischen ICE und den County Sheriffs. Im NYT-Bericht wird erwähnt, dass drei der sechs größten Counties in Minnesota keine entsprechende Vereinbarung mit der Bundesadministration unterschrieben haben. Hennepin County will dies – wie erwähnt – auch nicht tun. Die anderen beiden großen Counties haben Anfragen der NYT dazu nicht beantwortet. Bei den übrigen Counties im

Bundesstaat scheint der Stand unterschiedlich zu sein. Joe Leko, der Sheriff von Anoka County, wo bereits bisher ICE vor der Entlassung von Personen ohne legalen Status verständigt wurde, äußerte eine Vermutung darüber, was ICE noch planen könnte: „Die Bundesverwaltung dürfte noch nach etwas Vorzeigbarem suchen, nach einem Aufenthalt von nahezu zwei Monaten, der in einem die Parteien übergreifenden Rückschlag für das Weiße Haus endete.“

Ein bemerkenswertes Ergebnis der ICE-Operation in Minnesota sei nach erwähnt: Es ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Twin Cities gelungen, der Trump-Administration durch gemeinschaftliches Zusammenstehen und mit friedlichen Mitteln eine Lektion zu erteilen. „Wir hatten Trillerpfeifen, sie hatten Waffen“, sagte Rebecca Brown Good, die Partnerin der getöteten Renee Good.

Ob Minneapolis am Ende tatsächlich eine Niederlage für Trump sein wird, wird sich zeigen. Donald Trump ist ein Mann, der Niederlagen hasst und der seinen Opponenten nicht vergibt. Dass er an Minnesota und seinen Bürgerinnen und Bürger Vergeltung üben will, bahnt sich bereits an.

Am 25.2.26 kündigte Vizepräsident JD Vance in einer Pressekonferenz an, die Bundesregierung werde die Auszahlung von 259 Millionen Dollar für Medicaid Leistungen an den Bundesstaat Minnesota sperren. (Medicaid ist ein Gesundheitsprogramm des Bundes und der Bundesstaaten für einkommensschwache Personengruppen). Auf Bundesebene wurde eine neue Anti-Betrugs Task Force gegründet, und Minnesota soll der erste Bundesstaat – neben anderen – werden, die dabei ins Visier genommen werden. Begründet wird die Sperrung mit früheren Betrugsfällen bei Geldern aus dem Corona-Fonds. Es gebe auch in anderen demokratisch regierten Bundesstaaten systematischen Betrug im Sozial- und Gesundheitsbereich. In einem Bericht vermerkt CNN, dass die Administration dazu keine Einzelheiten genannt hat. Minnesota wurde von Washington eine Frist von 60 Tagen zur Stellungnahme eingeräumt.

Gouverneur Tim Walz sagte zur Sperrung der Bundesmittel, diese habe mit Betrug nichts zu tun, es sei Teil von Trumps Vergeltungskampagne.“ Dazu muss man wissen, dass für Minnesota – und auch für andere demokratisch regierte Bundesstaaten – bereits in der Vergangenheit Mittel aus Programmen des Bundes gesperrt wurden, so zum Beispiel im Januar die Gelder für die sog. Food Stamps, einem Hilfeprogramm für Langzeitarbeitslose gegen Hunger. Ferner versuchte das Gesundheitsministerium, 10 Mrd. Dollar für die Betreuung von Kindern und für Sozialdienste und für einkommensschwache Familien in Minnesota, New York, Kalifornien und Colorado einzufrieren. Anfang Februar versuchte dasselbe Ministerium, den Bundeszuschuss für Minnesota aus einem Programm gegen H.I.V. und andere Geschlechtskrankheiten zu sperren. In all diesen Fällen haben Bundesgerichte die Sperrungen blockiert. Auch die Sperrung der 259 Mio. Dollar für Medicaid wird vor einem Bundesgericht enden. JD Vance erklärte dazu, er sei sehr zuversichtlich, dass die Sperrung Bestand haben werde. Dies wird sich zeigen.

(Quellen:

nytimes.com, 9.1.26: „*Judge Blocks Trump Officials From Freezing Billions in Social Services Funds*“;

nytimes.com, 28.1.26: „Minneapolis May Be Trump’s Gettysburg“;
nytimes.com, 10.2.26: „‘We’ve Found Our Voice’: Many in Twin Cities Emerge With a Sense of Power“;
nytimes.com, 13.2.26: „Trump’s Minnesota Retreat Points to the Power of Public Anger“;
nytimes.com, 25.2.26: „Trump Administration Withholds \$259 Million in Medicaid Fund From Minnesota“;
cnn.com, 25.2.26: „Trump admin halts Medicaid payments to Minnesota over fraud claims“;
nytimes.com, 26.2.26: „Trump Declared Victory in Minneapolis. But What Did He Accomplish?“

Trumps Migrationspolitik ist kein Vorbild für Europa und Deutschland

Zwei Anstöße völlig unterschiedlicher Absender bringen mich zu der Frage, ob die Trump’sche „Operation Metro Surge“ ein Muster für Europa und Deutschland sein könnte. Da war zum einen die Rede des US-Außenministers Marco Rubio am 14.2.26 bei der Münchener Sicherheitskonferenz. Im Ton zwar weniger schrill als vor einem Jahr der Auftritt des US-Vizepräsidenten JD Vance am selben Ort, jedoch mit gleicher Zielvorstellung hat Rubio mitgeteilt, dass es beim Thema Migration nur eine Kooperation auf Augenhöhe mit den USA geben könne, wenn die Europäer dem politischen Kurs von Präsident Trump folgen. Rubio nannte dazu das Stichwort „Massendeportation“, bei dem „ICE“ eine bedeutende Rolle spielt.

Der Politik- und Rechtswissenschaftler Stephen Holmes von der New York University beschreibt das von Rubio und von Vance angepriesene ideologische Fundament der Trump’schen Migrationspolitik wie folgt: „Was den Westen ... zusammenhält, sind ... nicht gemeinsame Institutionen, ein gemeinsames Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit oder die Nachkriegsarchitektur aus Verträgen und multilaterale Zusammenarbeit. Es sind vielmehr „eine gemeinsame Geschichte, der christliche Glaube, die Kultur, das Erbe, die Sprache, die Abstammung und die Opfer, die unsere Vorfahren gemeinsam gebracht haben.“

Man muss diese Beschreibung zweimal lesen, um den grundlegenden Unterschied der MAGA-Vorstellungswelt und den als „europäische Werte“ im EU-Vertrag verankerten Grundlagen zu erkennen. Holmes stellt dazu fest: „Das ist nicht die Sprache der Nato. Es ist die Sprache des verstorbenen Samuel Huntington und seines „Kampfes der Kulturen“ – der Idee, dass der Westen nicht durch das definiert ist, woran er glaubt, sondern durch das, was er ist; nicht durch seine Prinzipien, sondern durch Abstammung und Glauben. Es ist eine Formel, die eine imaginäre Mauer um das christliche Europa und seine Diaspora errichtet und die die muslimischen Bürger Europas, die säkulare Traditionen der Französischen Republik und die multikonfessionellen Realitäten des modernen europäischen Lebens ausschließt.“

Würden die Europäer diese neue und doch so alte Vorstellungswelt der MAGA-Amerikaner akzeptieren, könnten sie die Grundlagen der Europäischen Verträge und das Bekenntnis zur UN unverzüglich in den Papierkorb werfen.

In dieser MAGA-Vorstellungswelt bewegt sich auch der von mir erwähnte zweite Anstoß. Am 22.1.26 forderte der bayerische Zweig einer deutschen Rechtsaußen-Partei die Aufstellung einer neuen Spezialeinheit der Polizei, die nach ausreisepflichtigen Asylbewerbern fahnden und Abschiebungen organisieren soll. In dem entsprechenden Papier wird ausdrücklich auf die US-Behörde ICE Bezug genommen. Der ideologische Unterbau dieses Vorschlags wird im weiteren Text sichtbar: „Kinder von Einwanderern, die noch Probleme mit der deutschen Sprache haben, sollen demnach aus dem regulären Schulunterricht ausgeschlossen und in speziellen Förderschulen untergebracht werden. Den Religionsunterricht für diese Kinder will die AfD durch „kulturelle Bildung und Werteerziehung“ ersetzen, um „mangelnder Disziplin und Gewalt an unseren Schulen“ vorzubeugen.“

(Quellen:

sueddeutsche.de, 14.2.26: „Münchener Sicherheitskonferenz – Rubios Botschaft an Europa: Folgt dem Weg, den Trump geht, dann bleibt das Bündnis bestehen“;
IPG, 17.2.26; Stephen Holmes: „Im Seidenstrumpf“;
Heilbronner Stimme, 16.2.26: „Lehren aus der Sicherheitskonferenz“;
Sueddeutsche.de, 23.1.26: „Winterklausur der Fraktion – Bayern-AfD will Abschiebepolizei --, „ähnlich wie das ICE“ unter Trump“).

Wäre es nach all dem, was wir über die „Operation Metro Surge“ und über ICE wissen, nicht geradezu hanebüchen, in Deutschland eine ICE vergleichbare Spezialeinheit der Polizei aufzustellen, die vor allem Abschiebungen organisieren soll? Dagegen spricht nicht nur, dass Jagdszenen und Tränengasschwaden – und womöglich auch Tote, so wie in Minneapolis – in deutschen Städten nicht vorstellbar sind. Dagegen spricht auch, dass wir ein Migrationspolitik brauchen, deren Erfolg nicht an der Zahl der Abschiebungen gemessen wird, sondern daran, ob sie der Wirtschaft, der Gesellschaft und der künftigen Entwicklung des Landes dient.

Die Widerspruchsfall: Die Wirtschaft sucht dringend Fachkräfte, die Politik warnt vor Fremden

Am 24.2.26 veröffentlichte die Heilbronner Stimme eine kleinen Dreispalter mit der Überschrift „Ohne Zuwanderung fehlen 200.000 Arbeitskräfte“. Zitiert wird darin aus einer Studie, wonach in Baden-Württemberg ohne Zuwanderung bis 2035 etwa 200.000 zusätzliche Arbeitskräfte fehlen. Insbesondere das Gesundheitswesen und der Bereich der Informationstechnologie sind auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Im Bericht der Heilbronner Stimme wird Susanne Herre, die Hauptgeschäftsführerin der IHK Region Stuttgart zitiert: „Zuwanderung ist kein Nice-to-have, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit.“ Deshalb warnt die baden-württembergische Industrie vor höheren Hürden bei der Einwanderung vor allem ausländischer Arbeitskräfte.

Am 18.2.26 zitierte die Heilbronner Stimme in ihrem Wirtschaftsteil Marcal Fratzscher, den Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung: „Der Wachstumsmotor in Deutschland wird schon allein wegen der Demografie nie mehr anspringen.“ Will heißen: Die Zahl der Renteneintritte wird weiter steigen und die nachwachsende Generation der ins Arbeitsleben Eintretenden wird weiter abnehmen; (*Heilbronner Stimme*, 18.2.26: „Fratzscher mit düsterer Prognose“; *Heilbronner Stimme*, 24.2.26: „Ohne Zuwanderung fehlen 200.000 Arbeitskräfte“).

Solche Warnungen sind nicht neu. Nachfolgend einige Überschriften – meist aus dem Wirtschaftsteil verschiedener Zeitungen:

Heilbronner Stimme, 24.2.22: „Personalnot in Kitas: Gemeinden schlagen Alarm“;
sueddeutsche.de, 10.5.22: „In Krankenhaus und Pflegeheim geht nichts mehr ohne Migranten“;
sueddeutsche.de, 2.7.23: „Deutschland braucht 1,5 Millionen Zuwanderer im Jahr“;
Heilbronner Stimme, 19.12.24: „80.000 Syrer arbeiten in Engpassberufen“;
Heilbronner Stimme, 3.2.25: „Die Lücke an Fachkräften wird größer“;
Heilbronner Stimme, 28.1.26: „Bedeutung ausländischer Arbeitskräfte steigt“;
Heilbronner Stimme, 5.3.26: „Dem Handwerk fehlt das Personal“.

Diese Überschriftenliste ließe sich problemlos verlängern. Doch warum tut sich Deutschland – und nicht nur Deutschland – so schwer, ein abgestimmtes Gesamtkonzept der Migrationspolitik, zu entwickeln oder – soweit vorhanden – wirksam umzusetzen? Ein Gesamtkonzept, das die Einzelbereiche der Förderung der Einwanderung verknüpft und auch gerechtfertigte Ausweisungen einbezieht. Ein Blick über den Atlantik zeigt insbesondere, welche Fehler die Politik vermeiden sollte.

Donald Trump hat mit üblen Beschimpfungen von Migranten aus verschiedenen Ländern – insbesondere aus Afrika und Südamerika – sowie mit herabwürdigenden Beschreibungen von Flüchtlingen und dem Schüren von Ängsten, Vorbehalten und Vorurteilen zwei Präsidentschaftswahlen gewonnen. Das Wahlvolk hat die Köder aufgegriffen, politische Parteien tun dies jedoch auch. Auf der Suche nach Rezepten, mit denen Wahlerfolge möglich werden, wurde das Potential des Stichworts „Einwanderung“ entdeckt. Aber es gibt nicht nur in Amerika Politiker, die bewusst oder unbewusst der Versuchung erliegen, im Wahlkampf auf Kosten von „Fremden“ auf Stimmenfang zu gehen.

„Deutschland ist kein Einwanderungsland“, war lange Zeit ein Glaubenssatz, der sich auch in einer mangelnden Willkommenskultur niederschlug. Möglichst hohe Hürden für potenzielle Einwanderer zu fordern, schien ein Erfolgsrezept bei Wahlen zu sein, obwohl die Wirtschaft dringend Arbeitskräfte braucht.

Die Süddeutsche Zeitung bringt diesen Widerspruch zwischen der Einsicht, dass Deutschland Zuwanderung braucht, um das wirtschaftliche Niveau zu halten und die Hemmschwellen bei der Umsetzung dieser Einsicht auf den Punkt: „Deutschland braucht dringend Arbeitskräfte aus dem Ausland – und hat ihnen auch viel zu bieten. Doch an der Willkommenskultur hapert es noch.“ Deutschland braucht pro Jahr 1,5 Millionen Zuwanderer. Monika Schnitzer, die Vorsitzende der „Wirtschaftsweisen“ sagte bereits 2023, um diese

Zuwanderer nicht nur zu gewinnen, sondern sie auch zu halten, bräuchte es dringend eine „Willkommenskultur“. Bei einer Umfrage der Organisation „InterNations“ zur Attraktivität von Gastländern landete Deutschland unter 53 Ländern auf Platz 49. Nur Südkorea, die Türkei, Norwegen und Kuwait schnitten noch schlechter ab. Auch hier wird als einer der Hauptgründe für das schlechte Abschneiden die fehlende Willkommenskultur genannt. 30 % der Befragten fanden, dass die Deutschen nicht freundlich zu ausländischen Mitbürgern sind. Dazu sagte eine Ingenieurin aus Ägypten, die mit ihrer Familie sei 11 Jahren in Deutschland lebt: „Ich habe sehr tolle Deutsche getroffen und kann auch verstehen, wenn ältere Leute überfordert sind.“ Mit anderen Worten: Noch ist Deutschland als Einwanderungsland nicht verloren, aber es ist noch viel zu tun. Es bleibt zu hoffen, dass die in einem Bericht der Süddeutschen Zeitung gestellte folgende Frage, für unser Land an Bedeutung verliert: „Welcher Experte, dem die Welt offensteht, möchte schon in ein Land umziehen, in dem man ihn permanent mies macht?“

Deshalb kann Trumps Migrationspolitik kein Muster für Deutschland sein. Eine Politik, die möglichst hohe Abschiebezahlen als Erfolg feiert, bringt nicht genug Fachkräfte ins Land.“ Das Stichwort „Widerspruchsfalle“ soll verdeutlichen: Solange mit der Verknüpfung der Begriffe „Zuwanderung“, „Kriminalität“ und „Sozialbetrug“ Wahlerfolge möglich sind, werden die Hilferufe der Wirtschaft als weniger wichtig verhallen.

(Quellen:

Sueddeutsche.de, 11.8.23: „Gebraucht, aber zu wenig willkommen“;

Sueddeutsche.de, 30.7.23: „Deutschland braucht qualifizierte Zuwanderer, nicht umgekehrt“; Kommentar von Nicolas Richter.)

Letzte Meldung: Ministerin Kristi Noem gefeuert

Am 5.3.26 verkündete Donald Trump, dass er die Ministerin für Innere Sicherheit ablösen und durch den Senator Markwayne Mullin aus Oklahoma ersetzen werde. Kristi Noem war und ist zwar Trump loyal ergeben, doch womöglich war es sogar Übereifer, der sie für den Präsidenten zur Belastung werden ließ. Noem war mit dem Department of Homeland Security (DHS) verantwortlich für das brutale Auftreten von ICE in Minnesota und hatte unmittelbar nach der Tötung von Renee Good und Alex Pretti – noch bevor irgendwelche Untersuchungsergebnisse vorlagen – die beiden Opfer als „inländische Terroristen“ bezeichnet und die Erschießungen als Notwehr der ICE-Agenten beschrieben. Verschiedene Videos belegten jedoch, dass diese Darstellungen der Ministerin falsch waren.

Trump hat nach der Tötung von Alex Pretti die ICE-Aktionen in Minnesota zurückgefahren und Noem die Zuständigkeit für Minnesota entzogen. Die Geduld Trumps war offenbar zu Ende, als Noem bei einer Anhörung im Senat zu einer 220 Mio. Dollar teuren Werbekampagne ihres Ministeriums erklärte, der Präsident habe die Kampagne genehmigt. Dazu sagte Trump einem Reporter: „Ich habe nie etwas davon gehört.“

Klagen über die zögerliche Abwicklung von Geldern der dem DHS unterstehenden Katastrophenschutzbehörde FEMA, sowohl aus demokratisch als auch aus republikanisch regierten Bundesstaaten, brachten für Noem weitere Schwierigkeiten. Offenbar hat ihre Loyalität zu Trump nicht ausgereicht, um Mängel und Fehler in der Alltagsarbeit zu überdecken. Sie hat jedoch umgehend einen neuen Job erhalten und wurde zur US-Sondergesandten zum Gipfel der „American Counter Cartel Coalition“ ernannt. Dieser Zusammenschluss ist auf Initiative Trumps am 7.3.26 in Florida aus der Taufe gehoben worden mit dem Ziel, mit militärischen Mitteln den Drogenhandel in der Region zu bekämpfen. Der Koalition gehören bis dato neben den USA 17 Länder aus Lateinamerika und der Karibik an.

(Quellen:

nytimes.com, 5.3.26: „Trump Announces He Is Replacing Noem With Oklahoma Senator“;

nytimes.com, 5.3.26: „How Noem’s Handling of Disaster Aid Angered Even Some Republicans“;

sueddeutsche.de, 5.3.26: „USA – Trump entlässt Kristi Noem, die Ministerin für innere Sicherheit“;

Heilbronner Stimme, 7.3.26: „Trump zieht die Reißleine“;

nytimes.com, 5.3.26; Michelle Cottle: „What Noem Should Do After Trump Fired Her“;

nytimes.com, 7.3.26: „Trump Assembles a New Coalition to ‚Eradicate‘ Cartels“).